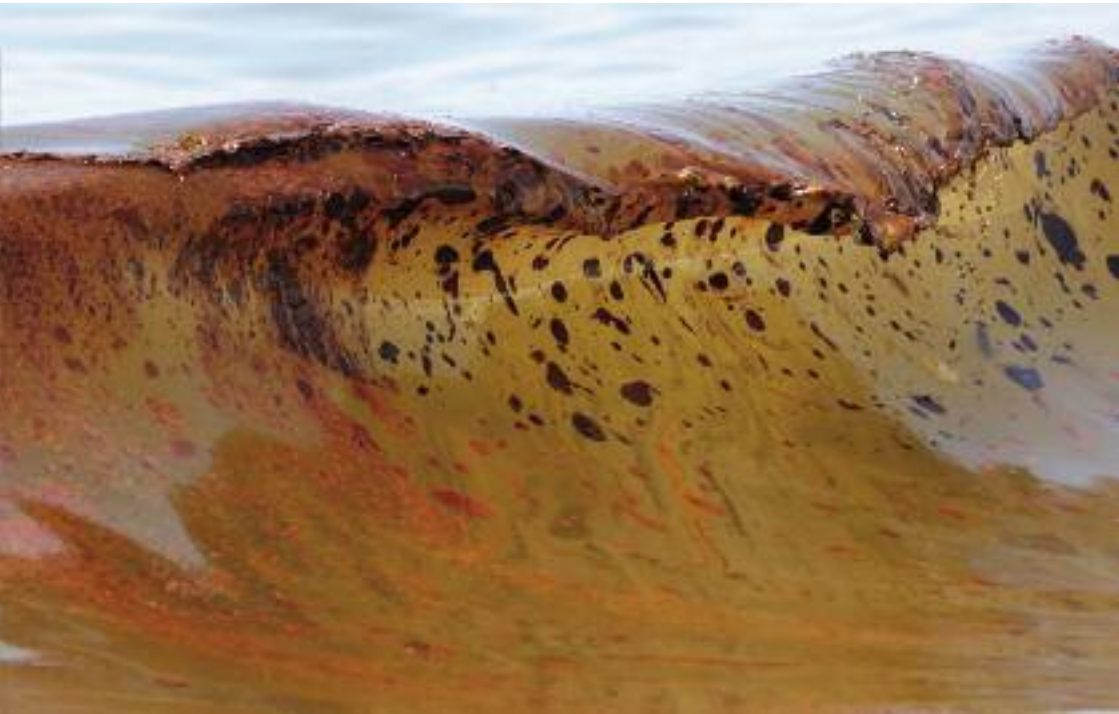




medico international

rundschreiben  
02 | 10

[www.medico.de](http://www.medico.de)



**DISASTER'S  
COMING HOME**



# Inhalt

- 03 Editorial
- 04 Kommentar | Disaster's coming home
- 06 Israel | Die innere Entdemokratisierung
- 08 Palästina | Unsere Zivilgesellschaft hat noch Widerstandskraft
- 10 Haiti | Nicht nur die Weißen helfen
- 13 Südafrika | Stern der Apartheid
- 16 Migration | Draußen im Wald
- 18 Projekte – Projektionen | Westsahara, Guatemala

---

## medico-Stiftungssymposium „Welche Hilfe für wessen Sicherheit?“

- 20 Thomas Gebauer | Vernetzte Sicherheit
- 26 Uli Mercker | Von der Befreiung und ihrem Scheitern
- 35 medico-Debatte | Wider die Technologisierung von Entwicklung

- 
- 40 medico Materialliste
  - 42 Service / Impressum

**Titelbild:** Die schwerste Umweltkatastrophe dieser Art in der Geschichte der USA. Mit Ölschlacken aus der explodierten BP-Ölbohrplattform Deepwater Horizon verschmutzte Wellen schlugen an den Strand von Orange Beach, Alabama, Juni 2010. Foto: AP Photo/Dave Martin

**Liebe Leserinnen und Leser,**

Eine kritische Beschäftigung mit Regierungshandeln gehört per se zur Aufgabe einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation. Wir tun dies im hier vorliegenden Heft ausführlich.

Das Thema „Vernetzte Sicherheit“, das die Bundesregierung und auch das Entwicklungshilfeministerium nutzen, um eine Einbindung der Hilfe unter sicherheitspolitische Erwägungen zu begründen, war zentrales und kritisch reflektiertes Thema des Symposiums der stiftung medico international. Wir dokumentieren die Debatte in Auszügen im hinteren Teil des Rundschreibens. Zum jüngsten Auftritt von Entwicklungshilfeminister Niebel in Israel gehörte jedoch ein politischer Handlungswille, der Respekt abnötigt. Niebel ist seit Jahren der erste deutsche Minister, der ernsthaft versucht hat nach Gaza zu reisen und der sich nicht scheute, die Einreiseverweigerung durch die israelischen Behörden öffentlich zurückzuweisen. Der Entwicklungshilfeminister gilt als langjähriger Freund Israels. In seiner Kritik kommt eine ernsthafte Besorgnis nicht nur um die Palästinenser, sondern auch um Israel zum Ausdruck. Das deckt sich mit den Einschätzungen unserer Partnerinnen. Im Interview (Seite 8/9) äußert sich die palästinensische Menschenrechtlerin Majeda Al-Saqqa aus dem Gaza-Streifen und macht deutlich, dass die Situation nicht nur wegen fehlender Nahrungsmittel und Zementsäcke einer Katastrophe gleichkommt. Die mittlerweile ins vierte Jahr gehende Blockade hat die Gesellschaft in Gaza tiefgreifend verändert und den Spielraum für die kritische Beschäftigung mit den eigenen Problemen extrem eingeengt. Ähnlich auf israelischer Seite. Unsere Partner, die Ärzte für Menschenrechte zum Beispiel, die auch Niebel bei seiner Visite in Israel traf, geraten in der eigenen Gesellschaft immer stärker an den Rand. Gesetzesvorhaben sollen die finanziellen Möglichkeiten einschränken und populäre Lieder verbreiten dazu die Mär vom Feind im eigenen Lager – die Dolchstoßlegende. Der Appell unserer Kollegin Hadas Ziv, dass Israel eine Empathie brauche, die in der Lage ist, die wachsende Bunkermentalität und die Tendenzen zur Entdemokratisierung schmerzhaft zur Kenntnis zu nehmen, entbehrt so nicht einer gewissen Dramatik (siehe Seite 6/7).

Auch ohne Sozialstaat könne man Reichtum umverteilen, erklärten Bill Gates und Warren Buffet, zwei der reichsten Männer der Welt, kürzlich auf einer ihrer Spendengalas. Sie forderten die Milliardäre auf, die Hälfte ihres Reichtums zu spenden. Nichts gegen Spenden, auch wir bitten trotz Sommerzeit mit diesem Heft wieder um Ihre Unterstützung. Für die Milliardäre allerdings hätten wir passende Vorschläge, wie diese Umverteilung in die richtigen Kanäle gelangen könnte. Am 17. und 18. September 2010 veranstalten wir gemeinsam mit Gesundheit Berlin-Brandenburg und einer Vielzahl von Gesundheitsorganisationen in Berlin eine Konferenz, die sich mit der Frage beschäftigt, wie globale Gerechtigkeit in Sachen Gesundheit hergestellt werden kann. Details zur Konferenz und zu den Anmeldeformalitäten finden Sie in beiliegendem Flyer.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Katja Maurer



# Disaster´s coming home

**Immer schärfer zeigt sich der Katastrophenkapitalismus auch im Norden**

Von Thomas Gebauer

**L**angsam zeigen sich die Konturen der Krise. So oft von ihr in den zurückliegenden Jahren die Rede war, bekommen wir doch erst jetzt eine Ahnung dessen, was sie bedeuten könnte. Wir, das sind die Bewohner des privilegierten globalen Nordens, wo sich das Unheil bislang meist noch von der angenehmeren Seite gezeigt hat. Nun aber wird klar, dass sich die negativen Seiten des Katastrophenkapitalismus nicht mehr einfach nur exportieren lassen. Das destruktive Potential der herrschenden Wirtschaftsordnung, das bereits großen Teilen der Bevölkerung im globalen Süden die Lebensgrundlagen geraubt hat, bleibt nicht länger auf die anderen begrenzt. Die Katastrophe kehrt heim.

So erfahren die Folgen eines entfesselten Raubbaus an der Umwelt heute auch die Bewohner der Küsten Floridas. Wie gemeingefährlich der Slogan „Drill, drill, drill“ (Bohren, was das Zeug hält) war, mit dem die Regierung von George W. Bush der heimischen Industrie größtmögliche Profite sichern wollte, zeigt sich in einer nicht enden wollenden Katastrophe, für die am Ende keiner mehr gerade stehen will.

Katastrophenstimmung auch in Deutschland. Bürgschaften in astronomischer Höhe werden notwendig, um den drohenden Staatsbankrott eines Mitgliedslandes der Europäischen Union abzuwenden. Waren es anfangs vor allem die Menschen im globalen Süden, die die Finanzmarktkrise zu spüren bekamen, hat diese nun auch den gesamten europäischen Wirtschaftsraum erfasst. Infolge der rigorosen Sparpolitik, die Deutschland Europa aufdrückt, drohen Deflation und Massenarbeitslosigkeit auf breiter Front. Aber auch Inflation und gar das Ende der Euro schließt die Finanzpresse nicht aus. So widersprüchlich die Prognosen, so verunsichert die Leute. Dennoch hat sich die schwarz-gelbe Regierung festgelegt: um Vermögende und Besserverdienende ja nicht höher, also angemessen zu besteuern, nimmt sie lieber die weitere Zerrüttung des gesamten Staatswesens in Kauf. Es könne nun mal kein Freibier für alle geben, tönt der Außenminister – und findet nichts Unmoralisches daran, großzügige Vergünstigungen für Millionäre durchzusetzen. Dabei müsste er um die fatalen Auswirkungen einer rapide voranschreitenden sozialen Spaltung wissen, die ihm auf seinen Auslandsreisen begegnen. Zumal die „failed states“ längst nicht mehr auf die südliche Hemisphäre beschränkt bleiben. Gleich um die Ecke, in Belgien, kann heute beobachtet werden, wie soziale Erosion zunächst die Angst vor Deklassierung und dann ethnische Überhöhungen schürt. Vieles deutet darauf hin, dass Maggie Thatchers Postulat: „there is no such a

thing society“, ausgerechnet in dem Augenblick, da es ideologisch widerlegt ist, zur vollen Geltung kommt. Wo es aber keine Gesellschaft mehr gibt, gedeihen extremistische Identitätspolitik sowie in ihren Schatten Korruption und organisierte Kriminalität.

Die Katastrophe kehrt heim, und wie zu Zeiten Klaus Störtebeckers wird heute in Hamburg wieder Piraten der Prozess gemacht: somalischen Fischern, die sich nicht mehr anders zu helfen wussten, als Schiffe zu kapern, nachdem ihnen die europäischen Trawler die Fanggründe leer gefischt hatten. Ob das Kapern von Schiffen im Mittelmeer ein ähnliches Nachspiel haben wird, darf bezweifelt werden. Deutlich aber wird in der israelischen Militäraktion gegen die Friedens-Flottille, wie fatal sich die jahrzehntelange Verschleppung von Konflikten auswirkt. Politiker, die einen solch großen Imageschaden in Kauf nehmen wie die derzeitige israelische Regierung, hätten längst kapituliert, kommentierten selbst konservative israelische Journalisten. Und es sind trügerische Freunde, die Israel zur Seite stehen. Wäre ihnen wirklich an den Interessen Israels gelegen, hätten die USA und Europa viel stärker darauf drängen müssen, die skandalöse Blockade des Gaza-Streifens aufzuheben – eine Blockade, die bekanntlich die Hamas nur noch gestärkt hat. Es liegt auch in der Verantwortung der Regierungen in Washington, London und Berlin, wenn sich Israel nun weiter isoliert hat.

### **Wo es keine Gesellschaft mehr gibt, gedeiht extremistische Identitätspolitik**

Wie sehr sich Politik verrennt, wenn sie statt auf globalen Ausgleich auf die Stabilisierung des herrschenden Status quo drängt, zeigt nicht zuletzt die Entwicklung in Afghanistan. Enttäuscht wenden sich die Menschen dort heute von den Interventionskräften ab, denen sie anfangs noch voller Hoffnung zugewinkt hatten. Aus einem Krieg, der keiner sein sollte, ist ein blutiger Krieg geworden, aus dem die Bundeswehr lieber heute als morgen raus will. Weil der Bundestag bei seinen alljährlichen Mandatsverlängerungen aber immer wieder dem eigenen Rechtfertigungsdiskurs auf den Leim gegangen ist, macht sich erst jetzt, womöglich viel zu spät, die Erkenntnis breit, dass es in Afghanistan gar nicht oder nur nachgelagert um die Rechte der dortigen Bevölkerung ging. Hinter vorgehaltener Hand räumen Politik und Militärs längst ihre Fehler ein. Rutscht einem Bundespräsidenten aber solche Wahrheit einmal heraus, geht noch immer kein Ruck durch das Land, sondern folgt sein Rücktritt.

Und das ist das wirklich Erschreckende an der Krise: die Mutlosigkeit einer Politik, die sich mit einem pragmatischen, von kurzfristigen Opportunitätserwägungen geprägten Durchwursteln begnügt. Eine andere Welt sei möglich, heißt es, und tatsächlich mangelt es nicht an Ressourcen, Wissen und Ideen. Veränderung aber verlangt zunächst eines: die Klarheit darüber, dass der katastrophale Gang der Geschichte nicht alternativlos ist. Wer noch immer behauptet, zur Militarisierung von Außenpolitik und zu all den Sparpaketen, die der immer größeren werden Zahl von Ärmsten und Armen, ob in Afrika, Griechenland oder nun erneut in Deutschland aufgenötigt werden, gebe es keine Alternative, setzt nicht auf Aufklärung, sondern auf Irreführung. Es sind Interessen, die in solchen Vorschlägen zum Ausdruck kommen. Interessen, die nicht die Interessen derjenigen sind, die auf sozialen Ausgleich und die Verwirklichung globaler sozialer Rechte drängen. ■

## Die innere Entdemokratisierung

Die Arbeit der Ärzte für Menschenrechte in Tel Aviv steht unter Druck. Neue Gesetzesvorhaben sollen die Stimmen der israelischen Opposition einschränken.

**W**ährend die israelische Regierung gegenüber dem Engagement von Menschenrechtlern in den besetzten Gebieten stets eine ambivalente Haltung einnahm, konnten ihre Kollegen in Israel bis vor kurzem relativ ungehindert arbeiten. Die Redefreiheit war gewährleistet, und der medico-Partner *Ärzte für Menschenrechte – Israel* (PHR-I) konnte auf professioneller Ebene mit Armee- und Regierungsstellen kommunizieren und nö-

tigenfalls über dafür vorgesehene Kanäle Anliegen palästinensischer Einwohner vortragen. Doch seit den israelischen Angriffen auf den Gazastreifen um die Jahreswende 2008/09 stellt die israelische Regierung die Legitimität von Menschenrechtsorganisationen immer stärker in Frage. Ein Mitarbeiter der PHR-I wurde durch die Geheimdienste verhört und gewarnt, sich „politischer Aktivitäten“ zu Gaza zu enthalten. Mitglieder einer Kriegs-



dienstverweigererorganisation wurden verhaftet. Die Regierung eröffnete eine öffentliche Kampagne gegen den medico-Partner *Breaking the Silence*, der Zeugnisse israelischer Soldaten über die Operation ‚Gegossenes Blei‘ veröffentlichte. Und die Kontakte, über die PHR-I mit den Behörden kommunizierte, funktionieren immer seltener.

### Einschränkung des eigenen Universalprinzips

Die Versuche, den Spielraum israelischer Menschenrechtler einzuschränken, kulminieren aktuell in zwei Gesetzesinitiativen. Die erste sieht die Aberkennung der Steuerfreiheit für Organisationen vor, die sich für gesellschaftliche und politische Veränderungen engagieren. Diese müssten sich als politische Organisation anmelden und die Liste ihrer Mitglieder an die Behörden weitergeben. Die zweite wendet sich speziell gegen israelische Organisationen, die vor der Goldstone-Kommission Zeugnis ablegten. Jede Aktion, die dazu führen könnte, dass Militärs oder Staatsvertreter internationalen Gerichtsverfahren ausgesetzt werden, soll künftig bestraft werden. „Damit könnten wir etwa vor künftigen UN-Kommissionen nicht mehr auftreten, ihnen nicht einmal Informationen zukommen lassen“, sagt Hadas Ziv, Geschäftsführerin der PHR-I. Dabei sei Israel eine führende Kraft hinter dem ‚Universalprinzip‘ gewesen, damit nationalsozialistische Verbrecher weltweit verfolgt werden können.

Beide Gesetzesentwürfe stammen von *Kadima*, also der Partei, die im westlichen Ausland stets als Alternative zu Netanjahus Rechtsaußenregierung ge-

priesen wird. „Deshalb sind diese Vorhaben so gefährlich. Ihr Ziel, die Delegitimierung von Organisationen wie amnesty oder PHR-I, kommt aus der Mitte unserer Gesellschaft.“ Das, was die Parlamentarier tun, entsteht nicht im luftleeren Raum. So textete Amir Benayun, einer der erfolgreichsten israelischen Sänger: „Ich bin Dein Bruder, ich schreite fort, mein Rücken Dir stets zugewandt – und Du wetzt das Messer“. Im Stil eines jüdischen Gebets, wurde das Lied tausendfach in Synagogen verteilt, um gegen kritische innerisraelische Stimmen zu polemisieren. Den Adressat musste er kaum nennen. Ein jeder wusste, von welcher fünften Kolonne er sang. „Die Welt sympathisiert mit den Palästinensern, lässt ihnen aber nur humanitäre Hilfe zukommen“, sagt Hadas. „Für die Israelis hat die Welt immer weniger Empathie. Folglich nimmt sich Israel als eine Gesellschaft unter Belagerung wahr, die jede Abweichung vom Konsens als Verrat versteht. Gleichzeitig blüht die Wirtschaft und das Land konnte der OECD beitreten. Israel glaubt daher keine konkreten Schritte unternehmen zu müssen, um die Isolation zu überwinden. Aber für das Ende der Besatzung benötigen wir ein klares Signal: Ein wenig mehr Empathie bei gleichzeitigem Druck.“ ■

Tsafir Cohen

### Projektstichwort:

Einsamkeit im eigenen Land, so charakterisierten die mutigen Ärzte für Menschenrechte aus Tel Aviv (PHR-I) oftmals ihre Arbeit. Dennoch ist ihr Engagement für die Gesundheitsversorgung, die Menschen- und Bürgerrechte aller Menschen in Israel und Palästina bereits jetzt ein Moment gelebter Zukunft in einem Nahen Osten jenseits der Segregation und der Gewalt. Das Spendenstichwort lautet: **Israel-Palästina.**

Kreativer Protest im palästinensischen Bi‘lin. Israelische und palästinensische Friedensaktivisten demonstrieren in Na’vi-Kostümen aus dem Erfolgsfilm „Avatar“ gegen die Sperrmauer im Westjordanland.  
Foto: Reuters

## „Unsere Zivilgesellschaft hat noch Widerstandskraft“

Interview mit Majeda Al-Saqqa, Sprecherin der Culture & Free Thought Association, dem medico-Partner in Gaza, über die Auswirkungen der israelischen Blockade auf das soziale und politische Leben.

### **Über drei Jahre nach ihrem Beginn, wird von einer Aufweichung der Blockade gesprochen. Grund zur Freude?**

Das würde unsere Abhängigkeit von den Waren verringern, die aus Ägypten durch die Tunnel geschmuggelt werden. Da es sich um Schmuggelware handelt, haben Geräte keine Garantien, Medikamente sowie Lebensmittel falsche Verfallsdaten; und insgesamt ist alles von miserabler Qualität. Die Blockade betrifft alle Lebensbereiche. Unsere Fahrzeuge müssen häufiger für viel Geld in die Reparatur, weil das schlechte Benzin den Motor beschädigt. Die Malstifte, die wir für Kurse nutzen, trocknen nach einmaligem Gebrauch einfach aus. Gerade schreiben alle Schüler ihre Abschlussexamen, doch weil auch die Energiezufuhr nicht reibungslos funktioniert, fällt der Strom etwa acht Stunden am Tag aus, meist abends. Eine bessere und kontrollierte Zufuhr von Hilfsgütern wird aber die Arbeitslosigkeit, die bei über 40% liegt, nicht senken helfen. Auch wird sie die Abhängigkeit von Außenhilfe nicht verringern, die bei 80% liegt. Beides verursacht eine Krise der Würde.

### **Wie wirkt sich diese Krise der Würde aus?**

Die physische Aussperrung zieht eine mentale Blockade nach sich. Ohne Arbeit sind die Tage eine ständige Wiederholung, die Menschen ziehen sich immer mehr ins Private zurück. Währenddessen wird die öffentliche Sphäre von religiösen Angeboten, etwa der islamischen Universitäten, besetzt. Alternativen dagegen zu setzen ist immer schwieriger. Früher organisierten wir in unseren Zentren rege, kontroverse politische Diskussionen. Heute undenkbar. Gegenwärtig müssen wir aufpassen, wen wir einladen und welche Themen wir aussuchen, denn es werden Exempel statuiert. Neulich wurde eine befreundete Nichtregierungsorganisation geschlossen. Wahrscheinlich weil sie gemischtgeschlechtliche Angebote hatten. Vielleicht aber auch weil sie mit den islamischen Organisationen konkurrierten. Früher wären Leute auf die Straße gegangen. Heute geht das nicht mehr. Der Protest verlegte sich aber aufs Internet. 12.000 Menschen haben sich diesem Protest angeschlossen, und die Organisation durfte wieder aufmachen. Die Gazaer Zivilgesellschaft hat noch Widerstandskraft.





Aktionsradius – und damit die Lebenswelt – von Frauen beschränkt sich immer mehr auf das eigene Haus und die (Groß)Familie. Bei sozioökonomisch schwachen Haushalten dürfen Frauen das Haus unbegleitet nur mit gutem Grund verlassen. Etwa wenn medizinische Gründe vorliegen. Etwa für einen Besuch eines unserer Frauengesundheitsprogramme. Hier setzen wir an: Einmal in unserem Zentrum angekommen, nehmen sie an einem Gesundheitscheck oder einem Kurs zu Brustkrebsfrüherkennung teil. Gleichzeitig können sie unsere anderen Angebote wahrnehmen. Sie können einen Vortrag hören, an einem Malkurs teilnehmen, Sport treiben oder einfach mit anderen Frauen im Hamam ausspannen. Für viele Frauen ist unser Zentrum die einzige verbliebene Möglichkeit die eigenen Horizonte zu erweitern. ■

Doch es ist ein Kampf gegen die Zeit. Denn einmal angestoßen, können solche Entwicklungen nur schwer rückgängig gemacht werden. Wenn die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nicht aufgehoben werden, werden wir zu einer geschlossenen, konservativen Gesellschaft mit immer mehr reaktionären Elementen.

### **Sind Frauen besonders hiervon betroffen?**

Eindeutig. Während junge Männer ihre Zeit wenigstens in Cafés verbringen können, dürfen Mädchen kaum dorthin. Gehen sie dahin, etwa mit der Familie, so ist es ihnen mittlerweile in der Öffentlichkeit untersagt, Wasserpfeife zu rauchen. Auch ein Strandbesuch ist mittlerweile nur in familiärer Begleitung üblich. Der

Interview: Tsafirir Cohen

### **Projektstichwort:**

Die Frauenorganisation „The Culture and Free Thought Association“ (CFTA) betreibt im südlichen Gazastreifen sechs Zentren für Frauen, Kinder und Jugendliche. Das Frauengesundheitszentrum befindet sich im Flüchtlingslager Al Bureij, etwa fünf Kilometer südlich von Gaza-Stadt, in dem ca. 30.000 Menschen leben. Das Lager gilt als besonders gewalttätiger Ort für Frauen mit einer hohen Rate an schwerer häuslicher Gewalt. medico unterstützt die aktuelle CFTA-Kampagne zur Brustkrebsfrüherkennung. Das Spendenstichwort lautet: **Israel-Palästina.**

## Nicht nur die Weißen helfen

### Guatemalteckische Dentalpromotoren leisten Nothilfe in Haiti und machen unerwartete Erfahrungen

*Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – das war einer der blumigen Sprüche aus den 1980er Jahren, die die weltweite Unterstützungsbewegung für die sandinistischen Veränderungsbemühungen begleiteten. Mit dem Scheitern der Sandinisten hatte auch diese Idee an Glanz verloren. Aufgegeben aber wurde sie nicht. Auf der medico-Konferenz „Solidarität heute“ definierten die Beteiligten sie vor zwei Jahren als „Solidarität zwischen Gleichen, zumindest gleichermaßen Bedrohten“. Nach der Erdbebenkatastrophe von Haiti hat sich diese Idee in einem Projekt sinnbildlich verwirklicht. 6 guatemalteckische Bauern, die in ihrer Freizeit als Gesundheits- und Zahnpromotoren in ihren Gemeinden tätig sind, führen auf Vermittlung von medico für vier Wochen nach Leogane, der Stadt, die am nächsten zum Epizentrum des Erdbebens liegt. Dort füllten sie eine Lücke: Es gibt keinerlei zahnmedizinische Versorgung in dieser Armutsregion. Und sie füllten viele Lücken. Jugendliche kamen mit zum Teil 18 kariösen Zähnen. Ein Zeichen für den Mangel und die Vernachlässigung, denen die meisten Haitianer ausgesetzt sind. Wir veröffentlichen Auszüge aus den Berichten unserer guatemalteckischen Kollegin Elizabeth Ibarra, die seit vielen Jahren die Arbeit in Guatemala über unseren dortigen Projektpartner ACCSS koordiniert.*

**I**ch schreibe an einem der heißesten Tage, die ich je in meinem Leben erlebt habe. In dieser Hitze haben sich die Wolken aus Mücken vertausendfacht. Sie stechen uns unaufföhrlich, als wüsstest sie, dass wir nur noch ein paar Tage bleiben werden. Wir sind jetzt fast 4 Wochen in Leogane und haben bereits einiges erreichen können. Wir arbeiten ohne Zeitbegrenzung, um eine größt- und bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Neben der Arbeit im Camp haben wir auch die Besuche der ländlichen Gemeinden von Leogane fortgesetzt. Bislang waren wir in 11 Gemeinden, einige davon liegen in der Bergregion südlich von Leogane. So z.B. Orange, das 1.500 Meter hoch gelegen ist. Die beiden Kollegen, die dort waren, versichern, dass der Fußmarsch kein Spaziergang war. Eine Straße gibt es nicht. Die Einwohner der Dörfer haben sich immer sehr dankbar gezeigt und uns ihr bestes Essen angeboten. Immer wieder kommt der Wunsch, wir mögen doch länger bleiben.

Wir haben bis jetzt 450 Patienten behandelt. Im Durchschnitt 20-25 Patienten täglich. Etwa anderthalb Stunden pro Patient brauchen die Teams. Wie mit medico international abgesprochen, haben wir entschieden, bei jeder Patientin, jedem Patienten nur die dringendsten Probleme zu beheben, denn angesichts der Menge an Karies bei den meisten Patientinnen



und Patienten und dem Zeitaufwand für deren Entfernung wären andere Personen sonst nicht zum Zuge gekommen.

### **Schwarze Schneidezähne**

Besonders gerührt waren wir, als eine Gruppe Jugendlicher (Mädchen und Jungen im Alter von 13-20 Jahren) aus den Dörfern zur Behandlung erschienen. Bei allen waren die Schneidezähne schwarz von Karies. Sie lächelten nicht mehr und versuchten beim Sprechen zu vermeiden, dass man ihre Zähne sieht. Juan, Francisco, Nicolás und Sebastián haben großartige Arbeit geleistet. Die Freude bei den Jugendlichen war riesig und wurde mit einer wahren Fotoorgie mit strahlenden Zähnen gefeiert. Wieder einmal ein Beweis dafür, dass unsere Arbeit keineswegs nur darin besteht, Zähne zu reparieren, sondern auch darin, ein Stück Lebensqualität und Freude wiederherzustellen. Das ist von Bedeutung, gerade weil die Menschen hier so viel erlitten und verloren haben.

Auch lokale Persönlichkeiten haben uns aufgesucht und wurden von uns behandelt. So der Bürgermeister von Leogane. Sein Körpergewicht von fast 200 kg war eine wahre Herausforderung,

denn wir hatten keinerlei Sitzgelegenheit, die seinem Gewicht standgehalten hätte. So musste er am Samstag wiederkommen und seinen eigenen Stuhl mitbringen. Wegen der Risse in Wänden und Decke wollte er auch nicht im ersten Stock behandelt werden, dort, wo wir unsere Zahnpraxis eingerichtet haben.

Selbst der lokale Polizeichef kam in die Sprechstunde, nachdem zwei von uns zur Polizei gegangen waren, um vor Ort die Polizistinnen und Polizisten zu behandeln. Sie waren sehr gerührt, weil noch niemand zu ihnen gekommen sei, um sie zu unterstützen, nur um von ihnen zu verlangen, dass sie etwas für die Gemeinden tun sollten.

Wir sind uns aber mit medico einig, dass dies Ausnahmen bleiben sollen, denn wir wollen ja in erster Linie jene Menschen behandeln, die ansonsten keine entsprechenden Möglichkeiten haben. Das ist nicht immer einfach, weil wir immer wieder damit konfrontiert werden, dass Einzelne, die Kontakte zu Leuten im Camp haben, versuchen, uns einen Angehörigen oder Freund an der Schlange der Wartenden vorbei zuzuführen. Wir mussten sehr energisch klar machen, dass wir das nicht tolerieren und wir erst einmal nacheinander jene behandeln, die bereits in der Früh zur Sprechstunde erschienen sind und auf ihren Turnus warten.

### **Zahnbürsten von der WHO**

Die Nachricht unserer Anwesenheit hat sich schnell verbreitet. Am vergangenen Donnerstag erhielten wir dann auch Besuch eines Delegierten der Weltgesund-



„Die hygienischen Verhältnisse sind deprimierend“. Guatemaltekkische Zahnärzte in Haiti. Foto: medico

heitsorganisation (WHO), der sich interessierte, wer wir seien, von wo wir kämen und wer uns unterstütze. Ich habe ihm ausführlich unser Verständnis von Basisgesundheitsversorgung erläutert, von unseren Programmen in Guatemala und der Unterstützung durch medico international berichtet. Da ich aus anderen Erfahrungen weiß, dass unsere Arbeit gerne von Ministerien und anderen Behörden in ihre Berichte aufgenommen wird, ohne dass wir je eine reale Unterstützung erfahren, habe ich mir erlaubt gleich zu ergänzen, ob er uns denn nicht Zahnbürsten, Fluor und Einweghandschuhe zur Verfügung stellen könnte, um in den Schulen und Waisenhäusern präventive Aktionen durchführen zu können. Er versprach zu helfen.

Die hygienischen Verhältnisse hier sind deprimierend. Überall sieht man Menschen, die neben oder auf Müll sitzen und ihre Waren zum Verkauf anbieten. Ein umfassendes, auf das Gemeinwesen ausgerichtetes Gesundheitsprogramm, könnte hier mittels Informations- und Aufklärungsarbeit ansetzen. Nur wenige Familien, vor allem im ländlichen Raum, verfügen über Toiletten oder Latrinen und verrichten ihre Notdurft im Freien, meist ohne diese dann zuzudecken oder anderweitig zu entfernen. Malaria grassiert allenthalben und der Grad an unkontrollierter Einnahme von Medikamenten ist besorgnis-

erregend. Uns wurde berichtet, dass Frauen nach der Menstruation Ampicilin nehmen um ihr Blut zu reinigen, weil sie der Meinung sind, dass sie während der Menstruation eine Infektion haben. Das hatte auch Auswirkungen auf unsere eigene Arbeit, weil aufgrund von Antibiotikaresistenzen die Medikamentierung bei Vereiterungen nicht anschluss. Auch die Zahngesundheit ist äußerst prekär. Die Essgewohnheiten sind dabei nicht hilfreich. Die Lebensmittel werden oft so lange gekocht, dass sie wertvolle Inhaltsstoffe verlieren. Rohes Gemüse, Salat und Früchte werden wenig gegessen. Bei vielen Patienten haben wir Zahnhälse gesehen, die völlig frei lagen und das Ausmaß an Zahnstein ist erschreckend.

Entschuldigt, dass ich alles durcheinander berichte und wenig zu den weiteren Perspektiven der Arbeit schreibe. Ein Basisgesundheitsprogramm, mit einer zahnmedizinischen Komponente, wäre sicherlich sehr angebracht. Hier sind wir aber zu sehr eingespannt, um konkretere Überlegungen auszuarbeiten. Dazu werden wir erst nach unserem Aufenthalt kommen. ■

Elizabeth Ibarra, Juni 2010, Leogane, Haiti

## Projektstichwort:

Von Ende Mai bis Ende Juni 2010 arbeiteten guatemaltekkische Zahnpromotoren in Haiti und mussten entdecken, dass es um die Zahngesundheit verheerend bestellt ist. Neben vielen anderen Projekten der Not- und Wiederaufbauhilfe, die medico unterstützt, wird diese Arbeit im Rahmen von Basisgesundheitsprogrammen, an denen wir mit unseren haitianischen Kollegen arbeiten, fortgesetzt. Das Spendenstichwort lautet: **Haiti**.

## Stern der Apartheid

Wie südafrikanische Apartheid-Opfer die aktuelle Fussball-WM nutzen, um öffentlichkeitswirksam einen deutschen Großkonzern anzuklagen

**A**ls Mpho Masemola aus Südafrika ans Mikrofon gerufen wird, sinkt der Geräuschpegel im ICC-Kongresszentrum in Berlin deutlich. Die Anspannung im Saal steigt merklich. Auch Mpho ist sichtlich nervös und obwohl er öffentliche Auftritte gewöhnt ist, fangen seine Hände leicht an zu zittern. Seine Zuhörer auf der Jahreshauptversammlung (HV) der Daimler AG bestehen aus 5.000 Aktionären inklusive Konzernvorstand und Aufsichtsrat. Ihnen geht es um weltweite Geschäftsentwicklungen und um ihre Dividende. Mpho aber will darüber sprechen, was eben diese Geschäfte in einem Land wie Südafrika anrichteten. Konkret wirft er Daimler vor, mit der Lieferung von Fahrzeugen und Maschinen an Polizei und Militär des alten Apartheidregimes Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen geleistet zu haben.

Nach Berlin wurde er von medico eingeladen und sein Rederecht im höchsten Organ der Aktiengesellschaft verdankt er den Kritischen Daimler-Aktionären, die ihm das Stimmrecht einer Aktie und damit die Rechte eines Anteilseigners übertragen hatten.

### Einer gegen Daimler

Angekommen am Rednerpult wirkt Mpho gefasst. Nur drei Minuten Zeit hat er, um

den Opfern der schmutzigen Daimler-Geschäfte im alten Südafrika Geltung zu verschaffen und damit öffentlichkeitswirksam die Kampagne „Daimler – Star of Apartheid“ bekannt zu geben. Die Aktion, die in Deutschland von mehreren NGOs unterstützt wird, will die Aufmerksamkeit durch die WM in Südafrika nutzen, um den Druck auf den Konzern und Hauptsponsor der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu erhöhen. Drei Minuten lang kann Mpho auf der Versammlung einen anderen Ton anschlagen. Auch er redet über Profite. Allerdings sagt er, dass der Profit nie über Menschenrechten stehen dürfe.

Auf dem Podium hört Vorstandsvorsitzender Dr. Zetsche aufmerksam zu, sein Gesicht zeigt weder Empathie noch Ablehnung. Als die blinkende rote Lampe am Pult das Ende seiner Redezeit anzeigt, sucht Mpho den direkten Blickkontakt zum erhöht sitzenden Zetsche: *„Sehr geehrter Herr Dr. Zetsche, ich bin weit gereist um heute hier zu sein. Die Opfer der Apartheid verlangen nach Aufklärung, um dieses dunkle Kapitel der Geschichte Südafrikas endlich abschließen zu können. Ich bitte Sie, sich mit uns an einen Tisch zu setzen und einen Dialog zu beginnen bevor ich wieder aus Deutschland abreise.“*

Während seiner Rede muss Mpho eine Sonnenbrille tragen. Die gel-

# DAIMLER



len Scheinwerfer in der Halle machen ihm zu schaffen, denn in seinem Schädel stecken seit 20 Jahren Schrapnelle, die operativ nicht entfernt werden können; im wahrsten Sinne des Wortes: Überreste der Apartheid. Im Jahr 1991, kurz nach seiner Entlassung aus Haft und Folter auf der berüchtigten Gefängnisinsel Robben Island, organisierte er eine große Demonstration für die Freiheit der politischen Gefangenen und gegen rassistische Polizeigewalt. 20.000 Menschen kamen und wollten vom Township ins Stadtzentrum ziehen. Mpho war ganz vorne mit dabei. Die Sicherheitskräfte ließen die friedliche Demonstration jedoch in eine Falle laufen. An einer Straßensperre wurde die Versammlung für illegal erklärt und als die ersten Schüsse fielen, flüchteten die Menschen in Panik. Mpho versteckte sich in einem Haus, in das die Polizei eine Handgranate warf: *„Mein Kopf brannte und das weiße T-Shirt färbte sich rot. Ich brach zusammen und wachte erst bei einem befreundeten Arzt und Genossen wieder auf. Seitdem habe ich sehr spektakuläre Röntgenbilder“*, erzählt Mpho später und lacht.

Diese Röntgenbilder wurden zu einem Beweismittel in der Klage, die der medico-Partner Khulumani gegen Daimler und andere Apartheidprofiteure in den USA eingereicht hat. Denn Mpho, selbst ein Khulumani-Aktivist, ist auch Augenzeuge für den Einsatz der umgebauten Mercedes-Unimogs, mit denen die Sicherheitskräfte, die ihm die Schrapnelle verpassten, auf der Demonstration vorgingen. Ein New Yorker Bundesbezirksgericht ließ im April 2009 die Sammelklage gegen Daimler zu. Außerdem auf der Anklagebank: die deutsche Rheinmetall, Ford, General Motors und IBM.

Auf der Hauptversammlung in Berlin verliert Daimler-Vorstandsmitglied Bodo Uebber unterdessen eine Standard-Antwort auf Mpho, die sich nicht von der Argumentation der Daimler-Anwälte in New York unterscheidet: Die Geschäfte mit dem damaligen südafrikanischen Regime seien legal und von der Bundesregierung genehmigt gewesen. Daimler sehe deshalb keine Notwendigkeit zu einem Gespräch mit den Apartheidopfern.

Das war zu erwarten. Mpho ist

dennoch enttäuscht. Noch bis Ende des Tages sitzt er auf seinem Platz und hofft, dass ihn ein Daimler-Mitarbeiter anspricht. Zwischenzeitlich wird er interviewt. Das Medieninteresse und die Unterstützung durch die Kampagne in Deutschland geben ihm Mut. Bereits vor Beginn der HV hatten Aktivisten rund 1.000 Protestpostkarten an die Daimler-Aktionäre verteilt. Bis zum Herbst sollen Unterschriften gesammelt und anschließend öffentlich an Dr. Zetsche übergeben werden.

### WM und Aufklärung im Township

Zurück in Südafrika bespricht Mpho mit den anderen Khulumani-Aktivisten Aktionen während der WM. Die größte Selbstorganisation von Apartheidüberlebenden hat in Südafrika die Red Card Campaign gestartet, um Daimler und andere Konzerne, die sich bis heute nicht zu ihrer Verantwortung gegenüber der Vergangenheit bekennen, unter Druck zu setzen.

In Soweto, einem der größten Townships nahe Johannesburg hat Khulumani pünktlich zur WM ein Infozentrum eröffnet. Das Khulumani World Cup 2010 Advocacy Programme bietet Public Viewing der WM-Spiele und Raum für Debatten über die Rolle internationaler Konzerne während der Apartheid.

Es geht auch um das Heute, den Kampf um soziale Gerechtigkeit in Südafrika, zu dem angemessene Reparationen der Konzerne einen wichtigen Beitrag leisten würden. Daher spricht Khulumani bei Veranstaltungen im Infozentrum genauso offen über die heutigen Probleme des Landes: Vertreibung, Privatisierung von Wasser, Xenophobie.

Der öffentliche Druck auf Daimler wird größer in Südafrika. Die Aktivistinnen und Aktivisten von Khulumani – mehr als 50.000 Menschen sind dort organisiert –

reisen durchs Land, um an allen Spielstätten von ihren Gewalterfahrungen und ihrem Widerstand gegen das Apartheidregime zu berichten. Auch Mpho Masemola spricht wieder auf diesen Versammlungen.

Künstler mehrerer Kontinente haben eine Solidaritäts-CD („Music 4 Justice“) zugunsten der Red Card Campaign aufgenommen. Die Musik ist mittlerweile preisgekrönt und sorgt in Südafrika für Aufsehen. Deutsche und südafrikanische Zeitungen berichten ausführlich über Daimler und die Klage. Hunderte unterschriebene Postkarten sind bei medico bereits eingegangen, mit denen von Daimler eine angemessene Entschädigung eingefordert wird.

In Zeiten, wo soziale und ökologische Unternehmensverantwortung das Konzernimage beeinflussen, erinnert die Kampagne Daimler daran, dass sich die Arroganz gegenüber den Opfern der Apartheid auch auf das Kaufverhalten und die Rendite negativ auswirken kann. ■

Bernd Eichner/Anne Jung

### Projektstichwort:

medico international unterstützt die Selbsthilfeorganisation der Apartheidopfer Khulumani seit 1997. Khulumani bietet psychologische Betreuung und fordert Entschädigungszahlungen für die Opfer ein, so wie es von der Wahrheits- und Versöhnungskommission empfohlen wurde. *From victims to victors* lautet ihr Credo, aus Opfern sollen Überlebende und Sieger werden und dazu gehört auch, immer wieder laut die Stimme zu erheben. Unterstützen Sie die Kampagne gegen Daimler und fordern Sie Unterschriftenlisten an (s. Materialliste S. 44). Das Spendenstichwort lautet: **Südafrika**.

## Draußen im Wald

### Malische Menschenrechtler besuchen die „vergessenen“ Asylsuchenden im Lager Möhlau

*206 Menschen sind in dem Flüchtlingsheim Möhlau nahe der Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt untergebracht. Was behördlich als GU („Gemeinschaftsunterkunft“) bezeichnet wird, nennen die Lagerbewohner und antirassistische Gruppen, wie der regionale Flüchtlingsrat, schlichtweg „Dschungelcamp“. Sie bezeichnen damit die seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen kritisierte Praxis, Asylsuchende zu isolieren und sie möglichst abseits der Ortschaften, für keinen sichtbar, in verfallenden Plattenbauten ehemaliger Militäranlagen unterzubringen. Die Schließung des Lagers Möhlau wird vom zuständigen Landrat unterstützt, ist im Kreistag aber nur schwer durchsetzbar. Angesichts eines signifikanten Anteils von Rassismus unter der sachsen-anhaltinischen Bevölkerung, halten sich viele Politiker in den ländlichen Wahlkreisen zurück, offensiv für eine menschlichere, aber teurere Unterbringung von Asylsuchenden einzutreten. Im Zuge einer Veranstaltungsreise besuchten Ousmane Diarra und Alessane Dicko von der „Malischen Vereinigung der Abgeschobenen“ (AME) gemeinsam mit medico und dem antirassistischen Netzwerk NoLager Möhlau. Es war der erste Besuch von afrikanischen Menschenrechtlern, um zu erfahren, wie Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt untergebracht werden. Alessane Dicko notierte für uns seine Eindrücke.*

**W**ir müssen uns zweimal nach dem Weg erkundigen. Schließlich, nachdem wir die Ortschaft Möhlau verlassen haben, erreichen wir die ehemaligen Militärkasernen, in denen die Asylsuchenden untergebracht sind. Das Gelände und der verwitterte Plattenbau, in dem einst Militärs der sowjetischen Armee lebten, befinden sich in einem desolaten Zustand. Es ist ein Ort der Vergangenheit, den man denjenigen zur Verfügung stellt, „die man nicht hier haben will“. Auf dem Parkplatz werden wir von einigen Asylsuchenden willkommen geheißten: „Hier, wo niemand mehr Nächte verbringen möchte als unbedingt nötig“, so der Kommentar eines unserer Gastgeber – kaum jemand ist hier richtig gesund, viele leiden unter physischen oder psychischen Beeinträchtigungen. Erste Gespräche mit Roma, kurdischen und afrikanischen Asylsuchenden beginnen. Sie kreisen sogleich um die inhumanen Lebensbedingungen, das Gefühl der Unsicherheit und die fehlenden Perspektiven.

#### Ein Ort der Depression

Wir werden eingeladen, die Zimmer der Bewohner zu besichtigen. Die dunklen Treppenhäuser sind muffig, die Toilettenanlagen eng, von der Decke blättern der Putz, Wasser aus den oberen Etagen dringt durch die Decke. Kakerlaken huschen umher. Das spärliche Inventar ist





kommt die Vergabe von Einkaufsgutscheinen, die es ihnen verunmögliche, eigenständig über ihre finanziellen Ausgaben zu entscheiden. Ein afrikanischer Flüchtling erzählt, wie er von einer Gruppe rassistischer Jugendlicher im nahen Dorf mit einem Messer angegriffen wurde; noch heute ist seine Wut zu spüren, als er berichtet, dass der Angriff keinerlei Reaktionen

der Behörden zur Folge hatte.

In Möhlau habe ich gesehen, wie Menschen, die abgeschoben werden, bereits in Deutschland moralisch gebrochen werden. Wir wissen aus unserer Arbeit mit Abgeschobenen in Mali um die psychologischen Probleme all jener, die in ein Land zurückgeführt werden, welches sie zuvor unter Aufbringung aller Kraft verlassen und in dem sie alles verloren haben. Das Lager Möhlau sollte zu einem historischen Denkmal werden oder aber es müsste verschwinden, um die Natur hier wieder atmen zu lassen und um die durch rücksichtslose politische Entscheidungen verursachten Wunden zu heilen. ■

*Alessane Dicko*

von schlechter Qualität und muss von den Bewohnern selber in Stand gehalten werden. Auch die übrigen, leerstehenden Gebäude sind im Verfall begriffen. Wir stoßen auf ein besonders beschädigtes Gebäude. Die Tür ist aufgebrochen, die Fenster eingeschlagen. Hier war früher der Theatersaal der sowjetischen Armee. Ein vergilbtes Lenin-Portrait und russische Buchstaben befinden sich noch an den Wänden. Hier beginnt die „gefährliche Zone“, wie sie die Asylsuchenden nennen, wo sich die örtliche Dorfjugend trifft. Manchmal ist deren Lärm unerträglich. Die Asylsuchenden vermuten, dass die Behörden „nicht eingreifen, um die Migranten einzuschüchtern.“ Denn die Flüchtlinge haben Angst. Mehrmals wurden sie von einer Gruppe rassistischer Jugendlicher angegriffen.

Wir treffen uns mit weiteren Lagerbewohnern. Ihr Sprecher aus Benin schildert die Missachtung, die sie tagtäglich erfahren: lediglich 60 Euro monatliches Taschengeld bei gleichzeitigem Arbeitsverbot, eine unzureichende ärztliche Behandlung und die Willkür der Residenzpflicht. Um einen Urlaubsschein zu bekommen, müssten Antragsteller mit einem Fahrrad in die 37 Kilometer entfernte Kreisstadt Wittenberg fahren. Hinzu

## Projektstichwort:

Die „Malische Vereinigung der Abgeschobenen“ (AME) setzt sich nicht nur in ihrem Heimatland Mali für die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Abgeschobenen ein. Der medico-Projektpartner ist mittlerweile auch ein wichtiger Akteur in einem Netzwerk von Menschenrechtsgruppen, migrantischen und antirassistischen Initiativen, das sich im subsaharischen Westafrika, dem Maghreb und in Europa gebildet hat. Das Stichwort lautet: **Migration**

## Filmfestival in der Wüste

**westsahara:** Das Goldene Kamel für „El problema“

**I**n der marokkanisch besetzten Westsahara wird die freie Meinung mit dem Schlagstock und einer Willkürjustiz verhindert. Mehr als 500 Sahrauis „verschwanden“ im marokkanischen Polizeiapparat, hinzu kommen 151 sahraische politische Gefangene. Immer wieder werden Eltern verhaftet, um durchzusetzen, dass ihre Kinder zukünftig nicht mehr an Demonstrationen gegen die marokkanische Herrschaft teilnehmen. All dies geschieht unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit, da Marokko jede freie Berichterstattung untersagt. Umso bemerkenswerter

ist der Film „El problema“ (Das Problem), den die katalanischen Regisseure Pablo Vidal und Jordi Ferrer in fünfjähriger Arbeit gedreht haben.

„Das Problem“ ist in den von Marokko besetzten Gebieten der Euphemismus, um von der Besetzung, der Folter und den Plünderungen zu sprechen, ohne Verdacht zu erregen. Entsprechend spektakulär sind die verdeckt gedrehten Filmpassagen aus der besetzten Sahara. Es kommen jene zu Wort, die sich friedlich mit ihrer Stimme für die Freiheit ihres Landes einsetzen: Der Menschenrechtler

## Archiv einer Tragödie

**guatemala:** Ein Dokumentarfilm sorgt für Aufregung



**D**okumentarfilme laufen in Deutschland zu nachtschlafender Zeit. In Guatemala, so schreibt der taz-Autor Toni Kerpeler, „können sie dagegen noch für Aufregung sorgen“. Ende April wurde dort im Nationaltheater der Film „La Isla“ des deutschen Dokumentarfilmers Uli Stelzner gezeigt. 2.000 Plätze umfasst das Theater, Tage vorher waren alle drei Vorführungen ausverkauft. Bombendrohungen wurden laut, um die Vorstellungen zu verhindern. Der deutsche Botschafter wurde unter Druck gesetzt. „La Isla“ erzählt die Geschichte des guatemaltekischen Polizei-

Foto: Stelzner



Hmad Hammad, der schon so oft gefoltert wurde, dass er nicht länger als 20 Minuten aufrecht stehen kann. Mohammed Daddach, der 25 Jahre in Haft und davon 14 Jahre in der Todeszelle verbrachte. Und Aminatou Haidar, die im Jahr 2009 durch den Eintrag des Wortes „Westsahara“ in

ein marokkanisches Einreiseformular eine diplomatische Krise auslöste und erst mit einem Hungerstreik ihre Heimreise aus Spanien erzwingen konnte.

„El problema“ wurde nun auf dem Internationalen Sahara-Filmfestival („Fisaraha“) gezeigt, dass zum siebten Mal in den Flüchtlingslagern der Sahrauis in der algerischen Wüste stattfand. Auf dem Festival werden spanische, aber auch afrikanische Filme und im Lager selbst produzierte Dokumentationen nächtens unter freiem Himmel an helle Außenwände von Hilfscontainern projiziert. Auch spanische Filmstars wie Pedro Almodóvar, Javier Bardem und Penélope Cruz waren bereits da. In diesem Jahr wurde „El problema“ mit dem Goldenen Kamel für den besten Festivalbeitrag ausgezeichnet. medico versucht nun für die deutsche Öffentlichkeit einen hiesigen Verleih zu finden.

**Spendenstichwort: Westsahara**

chivs, das 80 Millionen Dokumente aus 100 Jahren enthält. Darunter auch aus den 36 Jahren Diktatur und Bürgerkrieg, denen Hunderttausende Menschen zum Opfer fielen. Guatemala ist das Land der Straflosigkeit. Die Chancen, dass Verbrechen ungesühnt bleiben, sind groß. Und in dem Archiv lagern Informationen über die blutigste Repression, die manchem Politiker, Staatsanwalt oder Militär gefährlich werden könnte. 12 Millionen Akten sind gesäubert und gesichtet, die Hälfte davon bereits digitalisiert. 50 Verbrechen konnten durch das Archiv bereits aufgeklärt werden. Erstmals wurden ehemalige Militärs verhaftet und angeklagt. Ein Durchbruch in der guatemaltekischen Rechtsgeschichte. Auf dem Archiv ruht somit auch die Hoffnung vieler Guatemalteken auf ein Ende der Straflosigkeit. Bis

dahin ist es noch ein langer Weg. „La Isla“ erzählt die Geschichte zweier junger Männer, die die Akten sichten und scannen. Ihre Väter wurden von Sicherheitskräften ermordet und so finden sie im Archiv auch die Geschichte ihrer eigenen Familie. Die Mitarbeiter des Archivs werden deshalb von ECAP, einem langjährigen medico-Partner, seit vielen Jahren psychologisch betreut.

medico finanziert dieses Programm, hat aber auch die spanische Synchronisation des Films sowie die Vorführung im Nationaltheater finanziell ermöglicht. Jetzt laufen Gespräche mit Filmverleihern, damit „La Isla“ auch in Deutschland zu sehen sein wird. Detaillierte Informationen zum Film unter: [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Spendenstichwort: Guatemala**



Ein politischer Auftrag. Fallschirmjäger der Bundeswehr im deutschen Lager in Kundus. Foto: Reuters

---

# Vernetzte Sicherheit

Über die schleichende Einbindung von Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzepte

Von Thomas Gebauer

**S**icherheitspolitische Überlegungen machen von sich reden, die das Zeug haben, nachhaltigen Unfrieden zu stiften. „Vernetzte Sicherheit“ nennt sich das 2006 vom Bundesverteidigungsministerium formulierte Konzept, militärisches Handeln künftig systematisch mit zivilem zu verknüpfen. Seit sich Dirk Niebel, der neue Entwicklungshilfeminister, diese Ideen Anfang des Jahres zu eigen gemacht hat und neben der staatlichen Entwicklungspolitik auch die Arbeit von entwicklungspolitisch tätigen Hilfsorganisationen einer „vernetzten Sicherheit“ unterordnen will, wächst der Unmut. Nicht nur Hilfswerke, sogar Militärs – wenn auch

hinter vorgehaltener Hand – äußern Unbehagen und Kritik.

## **Bundeswehrleitlinien**

Statt Entwicklung nun Sicherheit? Es lohnt der Blick auf das, was mit dem neu-en sicherheitspolitischen Konzept gemeint ist. Das aktuelle „Weißbuch“ der Bundeswehr zur Sicherheitspolitik Deutschlands definiert „vernetzte Sicherheit“ als Leitlinie zur Umgestaltung der Bundeswehr, die nicht mehr alleine auf Landesverteidigung abgestellt wird, sondern auch internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den

# Welche Hilfe für wessen Sicherheit?

## Das 5. Symposium der stiftung medico international – eine Dokumentation

Im Mai 2010 fand in Frankfurt am Main das Symposium der stiftung medico international mit 120 Teilnehmern unter dem Titel „Welche Hilfe für wessen Sicherheit“ statt. An den Beispielen Afghanistan, Sri Lanka und Haiti wurde die Vereinnahmung der Hilfe zur Absicherung von Herrschaftsmodellen oder für interessegeleitete Sicherheitspolitik debattiert. Zugleich beschäftigte sich die Tagung mit der Frage, was die Bedingungen für eine emanzipative Entwicklung waren und sind. Wir dokumentieren Auszüge aus Redebeiträgen und der Podiumsdiskussion. Die Konferenz ist vollständig durch Audio-Mitschnitte auf unserer Website dokumentiert: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Terrorismus leisten soll. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist fraglos ein legitimes Bedürfnis. Die Garantie der körperlichen Unversehrtheit, der Schutz vor Raub, die Rechtssicherheit, ein Leben in Frieden und größtmöglichem Glück – all das sind fundamentale Menschenrechte, deren Realisierung und Sicherstellung wichtige gesellschaftliche Aufgaben darstellen. Wer wäre nicht für Sicherheit?

Den Autoren des „Weißbuch“ aber geht es nicht um einen solchen universellen Begriff von Sicherheit. Ausgangspunkt des neuen Konzeptes ist das partikulare Interesse, die Sicherheit Deutschlands gegen Bedrohungen von außen zu verteidigen. Auch Auslandseinsätze dienen diesem Ziel, wie der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck unmissverständlich klar gestellt hat: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Mit Blick auf die „Struck-Doktrin“ sollte jeder, der von Sicherheit redet, auch sagen, um wessen Sicherheit es geht und zu wessen Lasten diese verteidigt werden soll.

Als 2001 im Bundestag über die Entsendung von Truppen nach Afghanis-

tan debattiert wurde, ging es allein um die Solidarität mit dem Bündnispartner USA. Mögliche Sicherheitsbedürfnisse der afghanischen Bevölkerung wurden erst thematisiert, als die militärische Intervention einer durchaus skeptischen Öffentlichkeit nahegebracht werden sollte. Mit einem Mal standen die Rechte afghanischer Mädchen und Frauen im Vordergrund, die die offizielle Politik zuvor nicht sonderlich interessiert hatten: Um Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen, müssten Soldaten entsandt werden. Ohne die Schaffung eines sicheren Umfeldes keine Entwicklung. Inzwischen hat sich der Rechtfertigungsnebel gelegt und niemand, der klaren Verstandes ist, würde heute noch behaupten, die NATO sei so etwas wie der bewaffnete Arm von amnesty international. Geblieben aber ist das Mantra: ohne Sicherheit keine Entwicklung.

## Entwicklung und Frieden

Es ist noch gar nicht so lange her, da galt genau das Gegenteil. Noch in der 1980er Jahren stand außer Frage, dass Frieden nur dort gedeiht, wo soziale Entwicklung

in Gang gekommen ist. Wohlgermerkt: es ging damals um Entwicklung und Frieden, nicht um Entwicklung und Sicherheit. Die Idee des Friedens zielt auf Ubiquität; Sicherheit dagegen ist immer exklusiv. Entwicklung drängt auf Veränderungsprozesse, die auch das Eigene tangieren; Sicherheit dagegen kann sich mit der Stabilisierung des Status quo begnügen, um Vormacht und Privilegien zu verteidigen.

Die Fokussierung auf Sicherheit wird im Allgemeine mit der Zunahme der Bedrohungen begründet, die in der Welt auszumachen sind. Tatsächlich haben sich die globalen Verhältnisse im Zuge der weltweiten Entfesselung des Kapitalismus verändert, was auch den Profiteuren der Globalisierung nicht verborgen geblieben ist. Eine Ende der 1990er Jahre vom US-amerikanischen *National Intelligence Council* in Auftrag gegebene Studie macht gleich mehrere „Global Trends“ aus, die allesamt den Status quo bedrohen würden: An erster Stelle nennt die Studie das anhaltende Bevölkerungswachstum, gefolgt von einem steigenden Energieverbrauch, die immer prekärer werdende Wasserknappheit, die Zunahme des Hun-

gers, die Verstädterung, selbst die Finanzkrise hatten die sicherheitspolitischen Experten bereits prognostiziert.

### Gefahr aus dem Süden

Bemerkenswert ist, dass solche Studien entweder gar nicht oder nur am Rande den Blick auf die Interessen des globalen Nordens richten. Nicht die milliarden-schweren Agrarexportsubventionen mit ihren fatalen Auswirkungen auf die Lebensumstände afrikanischer Bauern gelten als Bedrohung für die globalen Verhältnisse, sondern das, was aus der billigend in Kauf genommenen Vernichtung von Lebensgrundlagen resultiert: der Bevölkerungsdruck, die Migration, die Verstädterung. Nicht im extensiven Trawlerfischfang vor der somalischen Küste sieht man das Problem, sondern darin, dass sich die in ihrer Existenz bedrohten Fischer nur noch mit Mitteln der Piraterie zu helfen wussten. Nicht in der Zerstörung der afghanischen Wirtschaft durch eine von außen aufgezwungene Öffnung der Märkte vermutet man den Grund für die wachsende Unzufriedenheit der afghani-



schen Bevölkerung, sondern darin, dass diese womöglich einfach nicht reif genug sei für die Demokratie.

Da die Ursachen für die Bedrohungen sozusagen allesamt im Süden selbst ausgemacht werden, kreisen die Überlegungen, wie ihnen zu begegnen ist, auch nur um interventionistische Politik – um punktuelle Gefahrenabwehr vor Ort, nicht aber um die Korrektur der globalen Verhältnisse. „Entwicklungszusammenarbeit, Finanz- und Handelspolitik, Menschenrechtspolitik, Polizei und Militär – über eine so breit angelegte Kombination von Mitteln zur Krisenbewältigung verfügt kaum ein anderer sicherheitspolitischer Akteur (als die EU)“, sagte Joschka Fischer 2003 und fügte hinzu: „Dieses mehrdimensionale Spektrum von Instrumenten ist gerade deshalb wichtig, weil wir wissen, dass die neuen Bedrohungen nicht allein mit militärischen Mitteln bewältigt werden können.“

Zweierlei wird in solchen Argumentationen deutlich: einerseits die Idee der Verzahnung von militärischen mit zivilen Mitteln, andererseits – sozusagen als Voraussetzung dafür – die Neubestimmung von Entwicklungszusammenarbeit und selbst Menschenrechtspolitik als Instrumenten von Sicherheitspolitik. Beide verlieren dabei den Charakter eigenständiger Politikbereiche; sie werden dem Diktat von Sicherheitspolitik untergeordnet. Die Konsequenzen einer solchen „Versicherheitlichung von Politik“ sind erheblich. Denn wenn Politik nicht mehr dem Ziel der Gestaltung eines menschenwürdigen Zusammenlebens folgt, sondern nur noch Gefahrenabwehr betreibt, dann liegt die Militarisierung von Außenpolitik ebenso nahe wie zugleich auch militärisches Handeln politisch normalisiert wird.

Wenn sie nicht „out of business“ gehen wolle, müsse die NATO „out of

area“ gehen, verlangte vor Jahren der republikanische Senator Richard Luger. Seitdem rüsten Streitkräfte für das, was im US-Jargon „Military Operations other than war“ genannt wird: z.B. für militärisches Peacekeeping oder die Unterstützung lokaler Behörden bei der Bewältigung von Krisen. Die Spannbreite solcher Interventionen reicht von Afghanistan bis zur Entsendung von Truppen ins erdbebenzerstörte Haiti.

Auch die zivile Seite stößt ins selbe Horn. Um Armut zu bekämpfen und die Leute in der Welt vor Drogenhandel, Krankheiten und Terrorismus zu schützen, müsse Hilfe künftig mit militärischem Handeln kombiniert werden, verlangte 2003 die Weltbank. Wenig später, 2006, kündigte die Britische Entwicklungsbehörde (DIFD) an, die Notwendigkeit einer Kooperation mit den Militärs stärker in Betracht zu ziehen. Entwicklungshelfer sollten ihre Samthandschuhe ausziehen, empfahl 2008 der damalige Bundeswehr-Generalinspekteur Naumann.

Höchst aufschlussreich ist, wie sich diese Debatte in der Mittelvergabe niedergeschlagen hat: Zwischen 2002 und 2005 stieg in den USA der Anteil des Pentagon an der US-Auslandshilfe von 6 auf 22 Prozent. Deutlich wird in solchen fiskalischen Verschiebungen, was Kritiker der Vernetzung von Sicherheit und Entwicklung befürchtet haben. Es geht nicht um Vorrang fürs Zivile, sondern um dessen Unterordnung unter das Militärische.

## Sicherheitsimperialismus

Schritt für Schritt weicht der *utopische Überschuss*, der noch in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zum Ausdruck kam, einem nachutopischen Pragmatismus, der nichts mehr verändern will, sondern nur noch darum bemüht ist,

den Status quo zu sichern. In dem Maße aber, wie die strukturelle Ungleichheit konstant gesetzt wird, verkümmert Krisenbewältigung zu einer Art *Sicherheitsimperialismus*, der von der profanen Frage angetrieben wird, wie man sich diejenigen, für die es

in der globalisierten Welt keinen Platz zu geben scheint, die nicht systemrelevant sind, vom Leib halten kann.

So hart dies klingt: genau darin liegt der latente Gehalt des heutigen Sicherheitsdiskurses. Die Botschaft, die in der öffentlichen Fokussierung auf Sicherheit mitschwingt, ist ebenso populär wie perfide. Weil die Welt in Chaos und Gewalt zu versinken droht, gilt es, wachsam und wehrbereit, notfalls auch auf eigene Rechte und die der anderen zu verzichten. Es ist das Gefühl permanenter Unsicherheit, das schließlich eine Politik zulässt, die sich nicht mehr am bestehenden Recht orientieren muss. Das Recht ist normativ und lässt kaum Spielraum für politische Opportunitätserwägungen. Sicherheit dagegen ist immer subjektiv und deshalb auch offen für Panik- und Moralkampagnen.

Die Ersetzung eines auf universellen sozialen Rechten basierenden entwicklungspolitischen Diskurses durch einen Diskurs, der sich um partikulare Sicherheitsinteressen dreht, lässt es schließlich, zu bestehendes Recht zu beugen. Das war im Irak-Krieg der Fall, der mit der Angst vor Massenvernichtungswaffen begründet wurde, die am Ende



doch nie aufgefunden wurden. Das gilt für Guantánamo, die Operation Enduring Freedom, die geheimen CIA-Flüge über Deutschland und die in Frankfurt laut gewordene Debatte über die Zulässigkeit von Folter, obwohl das Verbot von Folter im Völkerrecht als absolut gesetzt ist.

### Vernetzt

Auch das zweite Wort im Konzept der „vernetzten Sicherheit“ ist nicht ohne. Zwar gelten Vernetzungen als „in“, weil mit ihnen Zugänge und Synergien verbunden werden, doch sind Vernetzungen keineswegs eine egalitäre Veranstaltung, die frei von Hierarchien und Machtinteressen wäre. All das Gerede von „Kooperationen auf Augenhöhe“ entpuppt sich als ein höchst ideologisches Bemühen, wenn man der Spinne nachspürt, die das Netz kontrolliert.

Es sind mehrere Gründe, warum Hilfsorganisationen nicht systematisch und auf Augenhöhe mit Militärs zusammenarbeiten können. Beide Akteure haben prinzipiell unterschiedliche Mandate und verfolgen auch divergierende Strategien. Zudem können sich Militärs aus nahe liegenden Gründen nie vollends



in ihre strategischen Planungen hinein-schauen lassen. Unter solchen Umständen kann es zwar Gespräche, den diskursiven Austausch und sporadische Formen gegenseitiger Unterstützung geben, nicht aber eine geregelte Zusammenarbeit. Letztere führt zwangsläufig zur Instrumentalisierung des Zivilen für militärische Zwecke

Wenn in Afghanistan Soldaten Brunnen bohren, dann tun sie das nicht um den Krieg zu zivilisieren, sondern um die Effektivität des militärischen Handelns zu steigern. Erklärtes Ziel ist die Vergrößerung des soldatischen Aktionsradius, die Informationsbeschaffung und der Schutz der Truppen vor Übergriffen. Entwicklungspolitische Überlegungen spielen dagegen keine oder nur eine nachgelagerte Rolle.

Im Gegenteil: Weil das Ansehen der Truppen in der lokalen Bevölkerung unmittelbar erhöht werden soll, müssen „Hearts and Minds“-Strategien rasch zum Erfolg kommen. Es fehlt die Zeit, Projekte gemeinsam mit den Menschen zu planen und in lokaler Ownership umzusetzen. Notwendig ist der *Quick Impact*, auch wenn darunter die Nachhaltigkeit leidet. Denn *Quick-Impact*-Projekte tendieren dazu, von außen übergestülpt zu werden, wobei genau jene Eigenständigkeit gefährdet wird, die entwicklungspolitisch beabsichtigt ist.

### Hilfe als nichttödliche Waffe

Hinzu kommen die Gefahren, denen Hilfsorganisationen aufgrund der Vermischung von zivilem mit militärischem Handeln ausgesetzt sind. 2009 zählte das regierungsunabhängige *Afghanistan NGO Safety Office* 172 Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. 19 Aufbauhelfer, alle lokale afghanische Mitarbeiter,

kamen dabei ums Leben. Die Risiken, denen sich Mitarbeiter von Hilfsorganisationen aussetzen, haben zugenommen seitdem die US-Truppen auf Counterinsurgency setzen. Der Bau von Schulen und Krankenstationen, das Räumen von Minen, die Förderung landwirtschaftlicher Alternativen zum Drogenanbau – all das gilt US-Militärs heute als Teil von Aufstandsbekämpfung. Zu welchem abstrusen Blüten sich ein solches Denken aufschwingen kann, belegt ein kürzlich publik gewordenes US Field Manual mit dem Titel *Commanders Guide to Money as a Weapon System*.

Wer Hilfe als *nicht-tödliche Waffe* betrachtet, richtet die Vergabe von Mitteln nicht mehr an den Bedürfnissen von Menschen aus, sondern an eigenen Sicherheitsinteressen, vielleicht noch an der Loyalität der Leute gegenüber den Streitkräften. Und so überrascht es nicht, dass in Afghanistan heute das Gros der Hilfen in jene Landesteile fließt, die strategisch von Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.

Angesichts der Armut, die in Afghanistan herrscht, gibt es zur Hilfe von außen oftmals keine Alternative. Dass sie dennoch vielerorts nicht mehr geleistet werden kann, ist nicht zuletzt die Folge ihrer Instrumentalisierung für militärische Zwecke. Damit hat eine bemerkenswerte Umkehrung dessen stattgefunden, was all die Jahre zur Rechtfertigung des Afghanistan-Einsatzes öffentlich bekundet wurde: Die Entsendung von Truppen dient nicht mehr dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, vielmehr sind es die zivilen Maßnahmen, die nun zur Absicherung des militärischen Handelns beitragen. ■



# Von der Befreiung und ihrem Scheitern

Ein kurzer Abriss der haitianischen Geschichte

Von Uli Mercker

*Haiti ist in jeder Hinsicht ein Exempel: das erste Land Amerikas, welches sich die Unabhängigkeit erkämpfte, erreicht von versklavten und verschleppten Afrikanern, die sich selbst befreiten. Eine großartige Geschichte der Emanzipation und ein Beispiel für das „verwundete Gedächtnis der Völker“ (Jean Ziegler). Haiti gehört zu den Ländern, die nie eine Chance hatten, die Armut hinter sich zu lassen. Wer sich nicht mit den Klischees*

*von Korruption, Unfähigkeit und Machtmissbrauch abspeisen lassen will, der muss sich mit der haitianischen Tragödie genauer beschäftigen. Auf dem Stiftungssymposium hat der Journalist und Lateinamerika-Kenner Uli Mercker einen Einblick in die haitianische Geschichte und das Scheitern der Befreiungsversuche gegeben, der vieles von der heutigen katastrophalen Situation erklärt. Wir veröffentlichen den Text in Auszügen:*

**B**oukman's Experience heißt eine der populärsten Bands Haitis, die mit ihrem originellen Sound auf keinem Musikfestival der Insel fehlen darf. Bekannt hat sich die Gruppe nach jenem legendären aus Jamaika geflohenen Sklaven und späteren Voudou-Priester Boukman, der in der Nacht des 22. August 1791 in Bois Caiman im Norden der Insel zu einer Zeremonie geladen hatte, die gemeinhin als der Beginn des haitianischen Unabhängigkeitskampfes gilt. Während der Zeremonie soll er folgendes Gebet gesprochen haben:

*Gott, der die Sonne schuf, um uns Licht zu geben... du siehst alles, was die Weißen uns an Leid zugefügt haben. Der Gott des weißen Mannes veranlasst ihn, Verbrechen zu begehen. Aber der Gott in uns will, dass wir Gutes tun. Unser Gott, der so gut ist, so gerecht, er befiehlt uns, unsere ungerechte Behandlung zu rächen. Er ist es, der unsere Waffen führen wird und uns den Sieg bringen wird. Wir alle sollten es wegwerfen, des weißen Mannes Gottesbild, das so gnadenlos ist. Lauscht der Stimme der Freiheit, die in all unseren Herzen singt.*

Nach dem kollektiven Genuss des Bluts von einem geopfertem schwarzen Schwein schworen die versammelten Sklaven dem Priester unbedingten Gehorsam und machten sich auf den Weg, um ihre weißen Peiniger aufzusuchen und sich für erlittenes Unrecht an ihnen zu rächen. Anders als 40 Jahre zuvor, als der Sklavenführer Mackandal bereits einmal den Aufstand geprobt hatte und dafür öffentlich hingerichtet worden war, ließ sich diesmal die Gemeinschaft unter Boukmans Befehl nicht aufhalten.

Er selbst wurde zwar schon wenige Wochen nach Beginn der Revolte getötet, die Aufständischen fanden jedoch im ganzen Land massiven Zulauf.

Der Befreiungskampf erhielt wenige Jahre später eine neue Qualität, als der vom französischen Direktorium zum obersten General ernannte ehemalige Sklave Toussaint Louverture sich von Frankreich lossagte und seine Truppen gemeinsam mit den Maroons (den in den Bergen versteckten entlaufenen Sklaven) gegen die Kolonialherren führte. Im Februar 1801 marschierte er mit seinen Truppen in Santo Domingo ein. Die von ihm für die gesamte Insel erlassene Verfassung dekretierte zwar die Abschaffung der Sklaverei, war aber noch nicht gleichzusetzen mit der Proklamation der Unabhängigkeit. Als Gouverneur wollte Toussaint die Insel bis zu seinem Tod regieren und nach den Kriegswirren der vergangenen Jahre wieder zu wirtschaftlicher Blüte führen. Immerhin war das damals noch so genannte Saint Domingue die reichste Kolonie Frankreichs.

### Die Rückkehr der Sklaverei

Der inzwischen in Frankreich an die Macht gekommene Napoleon hatte ein vitales Interesse daran, nicht die Kontrolle über diese Quelle des Reichtums zu verlieren. Er entsandte nach vollzogenem Friedensschluss mit Spanien eine über 20.000 Mann starke Invasionsarmee auf die Insel. Toussaint reagierte auf diese Kampfansage mit dem Befehl an seine Offiziere, alle Städte, die nicht zu halten seien, in Asche zu legen und zu zerstören. Nach drei Monaten heftigster Kämpfe mit hohen Verlusten musste Toussaint jedoch kapitulieren. Er wurde nach Frankreich deportiert, wo er im April 1803 im Verlies der Festung Fort Joux jämmerlich verreckte.

Nachdem jedoch bekannt geworden war, dass die Invasoren die Sklaverei wieder einführen wollten, gewann der Widerstand unter dem Nachfolger

Toussaints, Jean Jacques Dessalines, erneut an Stärke. Die Aufständischen sammelten sich und fügten den Söldnertruppen Napoleons empfindliche Niederlagen zu. Begünstigt wurden sie dabei vom Ausbruch einer Gelbfieber-Epidemie, die viele der Eindringlinge dahinraffte. Der

kommandierende General Leclerc berichtete darüber seinem Schwager Napoleon wie folgt: „Dreihundertsechzig Mann wälzten sich in Krämpfen und verwundeten sich z. T. mit ihren eigenen Waffen. Ich habe keine Soldaten, um die Toten bestatten zu lassen... Es regnet unablässig. Die

Bizango-Scharfrichter (Bouwo Bizango). Vodou war der Schutzzauber der Maroon-Gemeinschaften – kleine Gruppen von Sklaven, die von den Plantagen geflohen waren und Ende des 17. Jahrhunderts begannen gegen die Franzosen zu kämpfen.



Neger vermehren sich wie das Ungeziefer, obwohl ich jeden Tag genügend erschießen lasse. Ich selbst bin krank.“ Er starb am 2. November 1802. Nach der vernichtenden Niederlage kehrten gerade einmal 2.000 Soldaten nach Frankreich zurück.

### **Eine halbe Million Tote**

Ungleich größer waren freilich die Verluste auf der siegreichen Seite. 13 Jahre kriegerischer Auseinandersetzungen hatten eine halbe Million Tote gefordert, das Land lag am Boden, die früher ertragreichen Plantagen waren zerstört, die Städte zu Geisterstädten geworden. In einer solchen Lage schließlich rief Dessalines am 1. Januar 1804 die Unabhängigkeit Haitis aus. Das weiße Europa traute seinen Augen nicht. Solche Verwegenheit musste bestraft werden. Die Insel wurde mit einem 21 Jahre dauernden eisernen Boykott belegt, bevor Frankreich 1825 unter Karl X. gegen das Zahlungsversprechen einer astronomischen Entschädigungssumme die Republik anerkannte. Mit diesen Entschädigungsleistungen waren die Wurzeln einer bis heute andauernden Verschuldungskrise gelegt.

Die USA ließen sich noch wesentlich länger Zeit mit der Anerkennung. Erst 1862, fast 60 Jahre später, erkannten sie die Unabhängigkeit der ersten schwarzen Republik an.

Kurz vor dem Eintritt in den ersten Weltkrieg besetzten die USA 1915 unter Woodrow Wilson die Hauptstadt Port-au-Prince, um „für Recht und Ordnung zu sorgen und die Interessen der amerikanischen Staatsbürger zu verteidigen“. Die Okkupation dauerte 19 lange Jahre, bis 1934 – genügend Zeit, um eine schlagkräftige Gendarmerie aufzubauen, den gesamten Staatsapparat sowie die

Finanzverwaltung nach eigenem Gusto umzukrempeln und den sporadisch aufflackernden Widerstandswillen der Haitianer zu brechen.

29 Jahre dauerte schließlich die Duvalier-Ära von 1957 – 1986. Eingeleitet hatte sie Francois Duvalier (Papa Doc), der seine politischen Lorbeeren als medizinischer Berater der amerikanischen Besatzer verdient hatte und später Gesundheitsminister wurde, bevor er sich an die Spitze einer schwarzen „Erneuerungsbewegung“ stellte und mit Hilfe der Militärs zum Präsidenten wählen ließ. In seine Amtszeit fällt eine weitgehende Entmachtung der kreolischen Oberschicht, die Schaffung einer extrem brutalen paramilitärischen Polizeitruppe, besser bekannt unter dem Namen „Tontons Macoutes“, und die gnadenlose Verfolgung und Repression gegenüber politischen Gegnern. Vor seinem Tod 1971 übergab er die Staatsmacht an seinen 19-jährigen Sohn Jean Claude, der nach anfänglichen Liberalisierungsschritten das Land in den 1980er Jahren endgültig in den Ruin trieb.

### **184 Jahre für die erste Verfassung**

Die Proteste und Unruhen nahmen ein solches Ausmaß an, dass auch die USA den völlig überforderten Duvalier wie eine überreife Pflaume fallen ließen. Dem haitianischen Volk blieb jedoch nach seinem Sieg über die verhasste Diktatur wenig Zeit zum Feiern. Ein Nationaler Regierungsrat (CNG), bestehend aus Militärs und Angehörigen der politischen Klasse, übernahm die Regierungsgeschäfte und ließ eine neue Verfassung ausarbeiten, die im März 1987 per Referendum mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

Diese im 184. Jahr der Unabhängigkeit verabschiedete und noch heu-

te gültige Verfassung regelte erstmals die Kompetenzen der verschiedenen Staatsorgane bis hinunter in die Bezirksverwaltungen, legte die Wahlverfahren für die Präsidentschafts-, Abgeordneten- und Senatswahlen fest und bestimmte einen Provisorischen Wahlrat, der die ersten freien Wahlen für den 29. November 1987 vorbereiten sollte. Am Wahltag richteten die im ganzen Land marodierenden verbliebenen Tontons Macoutes ein solches Blutbad an, dass die Wahlen abgebrochen werden mussten. Ein zweiter Versuch im Januar 1988 geriet zur Farce, da nach einem Boykottaufruf der Kirche und wichtiger politischer Strömungen nur weniger als 10% der Bevölkerung an der Stimmabgabe teilnahmen. Dennoch wurde der umtriebige Politik-Professor Leslie Manigat als Wahlsieger proklamiert und offiziell zum Präsidenten ernannt. Bereits 4 Monate später wurde er vom Armeechef Henri Namphy weggeputscht.

Die turbulenten Ereignisse in Haiti seit der Vertreibung Duvaliers erregten zunehmend die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Im Zusammenhang mit dem Sturz der Diktatur waren überall im Land, in den Städten, im ländlichen Raum, an Hochschulen und Schulen, eine Vielzahl von Basisorganisationen aus dem kirchlichen Spektrum entstanden, die allesamt Mitsprache bei der Ausgestaltung zukünftiger Politik reklamierten. Eine solchermaßen politisierte Volksbewegung musste auf irgendeine Weise gebändigt werden.

Insbesondere die USA, Frankreich und Kanada brachten auf internationalen Foren ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass dem Treiben einer führungslosen, unter sich zerstrittenen Soldateska auf der einen, und dem Radikalisierungsprozess einer erwartungsvollen Zivilgesellschaft auf der anderen Seite Grenzen

gesetzt werden müssten. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Haiti im Chaos versinke und auch noch die benachbarte Dominikanische Republik in dieses mit hineinziehe.

### **1990 die einzigen freien Wahlen**

Der in Haiti arbeitende Deutsche Reinhard Helmke erhielt im Herbst 1990 den Auftrag, als UN-Koordinator für die Durchführung sauberer Wahlen Sorge zu tragen. Nach übereinstimmendem Urteil vieler Zeitzeugen erfüllte er diese Aufgabe in vorbildlicher Weise. Es sollten in der Tat die ersten (und bisher einzigen) wirklich sauberen Wahlen in der Geschichte der „Schwarzen Republik“ sein. Am letzten Tag vor dem Ablauf der Einschreibungsfrist, am 18. Oktober 1990, meldete der bis dahin nicht auf der Rechnung stehende Priester Jean Bertrand Aristide seine Kandidatur für die Sammlungsbewegung FNCD an. Nachdem das bekannt wurde, stieg die Zahl der eingetragenen Wähler sprunghaft von 50% auf gut 90% aller Wahlberechtigten. Die hoch politisierte Bevölkerung erkannte sofort die einmalige Chance, sich mit dem populären Befreiungstheologen selbst an die Macht zu wählen. Das Ergebnis der Wahlen vom 16. Dezember 1990 sprach für sich: 67,5% für Aristide, 14,2% für Bazin, den vom Westen favorisierten Kandidaten.

Ein Zauberwort machte daraufhin die Runde: *Lavalas* – die kreolische Wendung für l'avalanche, die Lawine. Aristide hatte sein politisches Projekt unter diese Losung gestellt, unterstützt von einem breiten Bündnis sozialer Bewegungen aus Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Nachbarschaftskomitees, Studenten- und Schülervereinigungen, kirchlichen Basisgruppen, Frauenorganisationen, Künstlern und Intellektuellen. Die

## Die Republik des Eigentums

Die Revolution auf Haiti befreite die Sklaven und könnte daher, was die Freiheitsperspektive angeht, im Vergleich zu den Revolutionen in Europa oder Nordamerika allemal als avanciert gelten; doch die überwältigende Mehrheit der Republikaner des 18. und 19. Jahrhunderts lehnte die Haitianische Revolution nicht nur ab, sondern mühte sich nach Kräften, sie zu unterdrücken und ihre Auswirkungen einzudämmen. In den darauffolgenden zwei Jahrhunderten jedenfalls weigerten sich Historiker, Haiti ins Pantheon der großen republikanischen Revolutionen der Neuzeit aufzunehmen, und sogar die Erinnerung der Revolutionäre brachte man so zum Schweigen. Die Haitianische Revolution war aus Sicht der europäischen und amerikanischen Zeitgenossen ein unerhörtes Ereignis, im Wesentlichen zweifellos aufgrund der tief verwurzelten Ideologien und Institutionen rassistischer weißer Suprematie, aber zugleich ist erkennbar, dass diese Revolution nicht zuletzt deshalb unvorstellbar war, weil sie die Herrschaft des Eigentums missachtete. Ein schlichter logischer Schluß ist hier am Werk: Die Republik muss das Privateigentum verteidigen, Sklaven aber sind Privateigentum, deshalb ist die Republik verpflichtet, sich der Befreiung der Sklaven entgegenzustellen. Durch das Beispiel Haiti gerät der republikanische Schein, das Lob der Freiheit und Gleichheit, in direkten Konflikt mit der Herrschaft des Eigentums – und das Eigentum setzt sich schließlich durch. Der Ausschluss der Haitianischen Revolution aus dem republikanischen Kanon beweist nachdrücklich, wie heilig das Eigentum der Republik ist. Wenn Haiti, so ließe sich folgern, in der Reihe der republikanischen Revolutionen nicht genannt wird, geschieht das nicht deshalb, weil die Haitianische Revolution nicht dem republikanischen Geist entsprochen hätte, sondern im Gegenteil, weil die Republik selbst nicht an den Geist der Freiheit und Gleichheit heranreicht, der den Aufstand gegen die Sklaverei erfüllte.

(aus: Michael Hardt, Antonio Negri. *Common Wealth – Das Ende des Eigentums*. Frankfurt/New York, 2010)

Lawine sollte die überkommenen undemokratischen Strukturen, die stets nur einer kleinen Elite zugutekamen, wegsülen und für einen grundlegenden Neuanfang sorgen. Das Regierungsprogramm

beruhte auf den drei Grundpfeilern „Gerechtigkeit, Partizipation und Transparenz“. An der Ausformulierung der Programmteile hatte noch einer seiner schärfsten späteren Widersacher, der So-

ziologe Gerard Pierre-Charles, entscheidenden Anteil.

### **Aristide als zweite Befreiung**

Ein Jahr nach dem Fall der Mauer wurde die internationale Staatengemeinschaft durch das Ergebnis eines von ihr selbst vorbereiteten Wahlgangs überrascht: Der Kandidat der westlichen „Verwertungsgemeinschaft“ war durchgefallen, stattdessen musste ein glasklarer Antiimperialist zu seinem deutlichen Sieg beglückwünscht werden. Haiti stand vor seiner „zweiten Befreiung“, oder, wie andere es nannten, vor der „zweiten Unabhängigkeit“. Durch das Land ging eine unglaubliche Stimmung des Aufbruchs, der Hoffnung und Zuversicht. Aristide sollte dennoch nur 7 Monate Zeit haben, mit seiner Regierungsmannschaft (darunter René Preval als Premier- und Innenminister) die Weichen für die zweite Unabhängigkeit zu stellen. Weder die haitianische Oligarchie und ihr bewaffneter Arm, das Militär, noch ihre säkularen und sakralen Hohen Priester, die professionellen Politiker und die katholische Amtskirche, konnten mit diesem Wahlergebnis einfach zur Tagesordnung übergehen. Ebenso wenig natürlich die am Billigstlohnland Haiti interessierten nordamerikanischen Wirtschaftskreise, die benachbarten Zuckerbarone der Dominikanischen Republik, ganz zu schweigen von der Kurie in Rom, die einen Befreiungstheologen an der Macht auf gar keinen Fall ertragen konnte.

In der Nacht vom 29. auf den 30. September wurde Aristide gezwungen das Land an Bord einer venezolanischen Maschine in Richtung Caracas zu verlassen. Dem schnell organisierten Widerstand begegneten die Putschisten mit äußerster Härte, ganze Stadtteile wurden dieses Mal hermetisch abgeriegelt, die Führer der Ba-

sisorganisationen festgenommen, grausam gefoltert oder sofort erschossen. Mit Unterstützung der nur vorübergehend abgetauchten „Chefs de section“, der ländlichen „Lumpenpolizei“ wurde im ganzen Land Jagd auf echte oder vermeintliche Kader der Volksorganisationen gemacht. Bilanz des Putsches: Mehr als 3.000 Tote und Hunderte von Verletzten, eine halbe Million Binnenflüchtlinge und ca. 40.000 Bootsflüchtlinge, die in Kuba und Miami oder auf benachbarten Inseln vorläufiges Asyl suchten. Bezeichnenderweise erkannten lediglich zwei Staaten das von den Putschisten eingesetzte Marionettenregime an: die Dominikanische Republik und der Vatikan.

Nach zähen Verhandlungen unter Leitung des Ex-Präsidenten Jimmy Carter gelang es nach mehr als drei Jahren, die Putschisten zum Einlenken zu bewegen und die Bedingungen für Aristides Rückkehr auszuhandeln. Viele schwer verdauliche Kröten waren darunter, u. a. eine weitgehende Amnestie gegenüber den Putschisten, Strukturanpassungen im Sinne der damals verbreiteten IWF-Auflagen, die Privatisierung wichtiger Staatsunternehmen sowie eine verkürzte Amtszeit. Mit 20.000 US-Soldaten kehrte der geschasste Präsident im Oktober 1994 unter dem frenetischen Jubel der Massen zurück.

### **Ein geschundenes Land**

Aber Haiti hatte sich verändert. Viele Weggenossen aus der Vergangenheit waren entweder überhaupt nicht mehr da oder untergetaucht oder durch Folterungen traumatisiert, die Wirtschaft lag am Boden bzw. hatte sich eine neue Händlerklasse etabliert, die während des Embargos reich geworden war oder lukrative Kontakte mit dem internationalen Drogenkapital aufge-



nommen hatte. Hunderttausende Flüchtlinge, die entweder ins Ausland geflüchtet waren oder sich irgendwo im Landesinnern versteckt hatten, tauchten hungrig und verstört wieder auf. Die eindrucksvolle Streitmacht der USA machte klar, wer die eigentlichen Herren auf der Insel waren. In der Zahl vergleichbar mit der vor 200 Jahren jämmerlich gescheiterten Invasionsarmee Napoleons trat hier eine hochgerüstete Armee auf den Plan.

Eine der ersten Amtshandlungen Aristides bestand in der Abschaffung der Armee bzw. im Dekret zur Entwaffnung aller Soldaten. Schon hier zeigte sich seine begrenzte Handlungsfähigkeit. Einige Hundert zerlumpte Gestalten gaben zwar ihre ohnehin unbrauchbaren Flinten ab und kassierten dafür ein paar Dollar, die weitaus meisten Waffen aber verschwanden in unzugänglichen Verstecken. Dennoch ist die Auflösung des Militärs als Institution als ein Meilenstein in der haitianischen Verfassungsgeschichte zu sehen.

### **Die UN immer mit am Tisch**

In der verbliebenen Amtszeit von Aristide und der seines Nachfolgers im Präsidentenamt, René Preval (1996 – 2001) unterstrichen die UN-Missionen unter verschiedenen Namen ihre „Unverzichtbarkeit“ für den geregelten Ablauf des politischen Lebens in Haiti. Ob in Fragen der Regierungsführung, der Gerichtsbarkeit, der Begleitung von Wahlprozessen, der Koordinierung der nach wie vor im Land arbeitenden ausländischen Hilfsagenturen oder auch als Mittler in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, es gab kaum einen Bereich, in dem nicht irgendein UN-Experte mit am Tisch saß und mehr oder weniger hilfreiche Ratschläge erteilte.

Im Jahr 2000 wurde Aristide erneut für eine 2. Amtszeit gewählt, die er aber ab dem Februar 2001 in zunehmend autoritärer Weise ausführte. Von seinen früheren politischen Unterstützern hatte er sich schon zuvor in der Interimsphase entfremdet. Jetzt wurde ihm vorgeworfen indirekt für Morde an politischen Gegnern und die Verwicklung in Drogengeschäfte verantwortlich zu sein. Es gab sogar Stimmen, die ihn als noch grausameren Potentaten als Vater und Sohn Duvalier bezeichneten, da er seine Macht nur noch auf kriminelle Jugendbanden, die so genannten „Chimères“, stütze und von ihnen die Drecksarbeit erledigen lasse.

In dieser zugespitzten Situation kamen die USA, Kanada und Frankreich in Absprache mit der haitianischen Opposition zu dem Schluss, dass Aristide als Präsident nicht mehr haltbar sei. In einer Nacht- und Nebelaktion vom 28. auf den 29. Februar 2004 expedierten sie ihn zunächst nach Jamaika und anschließend in die Zentralafrikanische Republik. Schließlich begab er sich in die Republik Südafrika, wo er noch heute mit seiner Familie lebt und auf eine Chance der Rückkehr wartet.

Nach der Vertreibung Aristides sicherte sich die UNO einen entscheidenden Zuwachs an Einfluss, als der Sicherheitsrat „zur Eindämmung der Gewalt“ die Entsendung einer Blauhelmtrouppe, eines Polizeikorps und etlicher ziviler Experten beschloss. Ein Kontingent von ca. 8.000 mehrheitlich lateinamerikanischen (!) Soldaten und 1.000 Polizisten versucht also seit beinahe 6 Jahren ein halbwegs geordnetes Regierungshandeln zu ermöglichen. Nach anfänglicher positiver Aufnahme sah die Mehrheit der Bevölkerung in den fremden Soldaten zunehmend eine Art Besatzungstruppe. Spätestens seit den gewalttätigen Hungerunruhen im Frühjahr 2008

wurde deutlich, dass die Regierung Preval ohne den Beistand durch die Blauhelmtrouppen dem entfesselten Volkszorn kaum standgehalten hätte.

### Der kollabierte Staat

Mit dem Erdbeben vom 12. Januar ist eine neue Situation entstanden. Heute handelt es sich nicht mehr um einen gescheiterten Staat, sondern um einen nahezu vollständig kollabierten Staat, dem nicht nur die geeigneten Personen, sondern auch der gesamte materielle Unterbau für ein Regierungsprogramm weg gebrochen ist. Der in sich zusammengesackte Präsidentenpalast ist ein starkes Symbol für den augenblicklichen Zustand der haitianischen Regierung und ihrer Instanzen. Angesichts der Dimensionen der eingetretenen Katastrophe ist der aktuelle Präsident Preval mit seinem Kabinett rettungslos überfordert, als eigenständiger Akteur neben den zahlreichen internationalen Instanzen einen Plan für den erforderlichen Neubau des Landes zu entwerfen. Dies wäre nur vorstellbar, wenn die Regierung über die notwendige Verankerung in der Bevölkerung verfügte und in einem organischen Dialog mit ihren politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern die Entscheidungen über die nächsten Schritte treffen könnte. Von einer solchen Verankerung kann aber schon seit geraumer Zeit nicht die Rede sein. Der Dialog wird mit der internationalen Gebergemeinschaft geführt, das Land und seine verzweifelten Menschen werden mit Hilfe eines im April erklärten Ausnahmezustands verwaltet. ■



Der Herr der Mitternacht (Mèt Minvi). Das Wort Kunst gibt es im Vodou nicht. Kunst ist in allem, was die Leute tun.

# Wider die Technologisierung von Entwicklung

Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte – ist eine neue Debatte um den Entwicklungsbegriff nötig? Ein Streitgespräch zwischen Dr. Conrad Schetter (Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn), Thomas Gebauer (medico international) und Dr. Volker Kasch (Misereor, Berlin)

**Frage: Ohne Sicherheit keine Entwicklung, keine Entwicklung ohne Sicherheit – dieser Satz wird so oft wiederholt, dass wir ihn für selbstverständlich und richtig halten. Wie hat dieser Satz den Entwicklungsdiskurs verändert, Herr Schetter?**

**Conrad Schetter:** Als Entwicklungsforscher muss ich meine Zunft selbst diffamieren. In den letzten 20 Jahren hat sich der Entwicklungsbegriff sehr problematisch verändert. Denn spätestens seit Ende der 1980er Jahre wurde der Begriff der Entwicklung mit dem Begriff der Interessen verbunden. Entwicklungshilfe ist keine altruistische und humanitäre Angelegenheit mehr, sondern eine Sache in „unserem Interesse“. Heute ist Entwicklungspolitik eine Art Sicherheitstechnologie. Während man damals noch über Visionen von Entwicklung gestritten hat, geht es heute um Umsetzungsfragen: Mittelabflussdruck, Zeitdruck, um Projekttechniken. Wir erleben eine Technisierung des Begriffes Entwicklung. Dass man sich über die Vision von Entwicklung keine Gedanken mehr macht, zeigt auf konzeptioneller Ebene auch die Debatte um den Begriff „menschliche Sicherheit“. Denn wenn die Frage der physischen Sicherheit des Individuums mit

der Entwicklung gekoppelt wird, dann hat das problematische Folgen. Seit 15 Jahren arbeiten sich die Vereinten Nationen daran ab, uns mit diesem Konzept glauben machen zu wollen, dass eine Intervention immer dann nötig ist, wenn die individuelle Sicherheit gefährdet ist. Leider ist es trotz allem nicht gelungen, Kriterien festzulegen, wann eine Intervention nötig und gerechtfertigt ist und wann nicht. Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen mit dem Brahimi-Konzept die entscheidenden Weichen in Richtung auf integrierte zivil-militärische Mission gestellt. Und nun findet man diese Konzeption nicht nur bei der UNO wieder, sondern auch in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. All das kulminiert in der Nato-Strategie der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die von den Militärs kurz Cimic genannt wird.

**Einer ihrer Schwerpunkte ist Afghanistan. Welche Auswirkungen hat das Konzept der zivil-militärischen Kooperation?**

**Conrad Schetter:** Aus der militärischen Perspektive wird die Entwicklungszusammenarbeit als Teil der Eigensicherung gesehen. Es geht um „Force Protection“, das ist der ausdrückliche

Marschbefehl der Cimic-Einheiten. Die Grundstruktur in Afghanistan lautet: Die Entwicklungsmaßnahmen sollen dort stattfinden, wo es für „uns“ gut ist. Aus der Perspektive der Bundesregierung wird Sicherheit und Entwicklung mit staatlicher Entwicklung und Sicherheit gleichgesetzt. Der Staat gilt als der grundlegende Faktor, über den Sicherheit wahrgenommen werden soll. Aber

Frage verknüpft ist, wer die Sicherheit bedroht. Tatsächlich handelt es sich also um einen Unsicherheitsdiskurs. Es gibt jedoch sehr unterschiedliche Perspektiven, welche Zustände als sicher bzw. unsicher betrachtet werden. Die Diagnose fehlender Sicherheit ist insofern willkürlich und bietet die Möglichkeit jede Form von Legitimationsdiskurs zu führen. Beste Beispiele sind etwa die Gefängnisse in



was macht man in einer Region wie Südost-Afghanistan? Die Bevölkerung dort stellt ihre Sicherheit über die Stämme her. Sie wehren sich gegen ein von außen entwickeltes politisches System. In einer solchen Situation erklärt die Bundesregierung, dass ihre Vorstellung von Sicherheit durch den Aufbau einer Polizei realisiert wird. Dieses Konzept steht notgedrungen gegen das lokale Sicherheitssystem der Stämme. Wir betreiben in Afghanistan viel Forschung über lokale Netzwerke und lokale Strukturen. Diese Netzwerke schaffen Sicherheit, und zwar nicht nur lokal, sondern auch translokal. Viele Probleme werden häufig in Pakistan geregelt. Wer in Nordafghanistan ernsthaft krank wird, geht nicht nach Kundus, sondern nach Peshawar. Die Netzwerke sind sehr weit gespannt. Die westliche Strategie versucht aber gerade durch den Aufbau von Grenzregimen, diese Vernetzung zu zerschlagen. Hinzu kommt, dass Sicherheit immer mit der

Bagram oder Abu Ghraib. Wer eine Gefahr für die Sicherheit darstellt, dem wird eine Sonderbehandlung zuteil. Ähnlich bei den Bombardements bei Kundus im September vergangenen Jahres. Auch da wurde mit der Sicherheit der Bundeswehrsoldaten argumentiert. Mit der Sicherheitsdiskussion wird eine Legitimation geschaffen, die den vorhandenen Rechtsrahmen außer Kraft setzt.

***Herr Kasch, eine Entwicklungsperspektive jenseits des Staates – sehen Sie darin Ihre Arbeit verortet?***

**Volker Kasch:** Wir sind als Nichtregierungsorganisation auf der Seite der Opfer und daraus entwickelt sich unser Handeln. Ich habe allerdings einen Einwand zu Herrn Schetter: Es wird durchaus noch über Entwicklungsvisionen diskutiert. Wir glauben keinesfalls, dass wir das Ende der Geschichte erreicht haben. Ich sehe auch die Debatte um die „menschliche Sicherheit“, wie sie in der

UNO geführt nicht so kritisch. Denn Bestandteil der Debatte ist ein Entwicklungsbegriff, der auf den politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechten basiert. Sehr weit vorangetrieben worden ist das zum Beispiel in Bezug auf das Recht auf Nahrung, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser. Wichtig scheint mir die Frage nach dem Umgang mit

Sicherheitsproblem. Nun überlegte man doch den „failed states“ Gelder zur Verfügung zu stellen. Für den Kongo hat die Bundesregierung zum Beispiel einen Friedensfond in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. Das Geld wurde aber dann in große Infrastrukturprojekte gegeben, damit die Mittel schnell abfließen. Gleichzeitig sollen UN-Truppen den Staatsaufbau absichern. Die Truppen



den sogenannten „failed states“, den gescheiterten Staaten. Hier findet die staatliche Entwicklungszusammenarbeit kein Gegenüber. Die staatszentrierte Zusammenarbeit braucht aber den Staat als Partner, während wir als NGO mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können. In den letzten Jahren wurde auf EU-Ebene deshalb versucht, Konzepte zu entwickeln. So entscheidet das Kriterium der Good Governance, der guten Regierungsführung, häufig über die Zuwendung von Mitteln. Wir unterstützen das Kriterium der Good Governance durchaus, wenn sich dahinter verbirgt, dass Regierungen in die Lage versetzt werden, der Bevölkerung zum Beispiel Bildung und Gesundheit zur Verfügung zu stellen. So wie die EU das Kriterium anwandte, führte es allerdings zu dem Phänomen der „Hilfswaisen“, so dass bedürftigste Länder keinerlei Unterstützung mehr erhielten. Das wiederum identifizierte die EU dann später als

werden von Bangladesch und Uruguay gestellt, Länder, die diesen Einsatz vor allen Dingen nutzen, um den eigenen Leuten Einkommen und Ausbildung zu verschaffen. Und so zeigt sich am Kongo, dass es zwar ernste Versuche gibt Hilfe zu leisten, um Good Governance aufzubauen und so auch halbwegs funktionierende soziale Dienstleistungen. Aber es stellt sich heraus, dass es letztlich keine Nachhaltigkeit hat, weil man viel längere Fristen und mehr Mittel braucht, um sich in „failed states“ zu engagieren.

**Herr Gebauer, der Friedensfonds für den Kongo ist ein Beispiel für den Wunsch nach schneller Wirksamkeit auf Kosten von Nachhaltigkeit. Solche Beispiele gibt es viele. Warum lernt die Politik daraus nicht?**

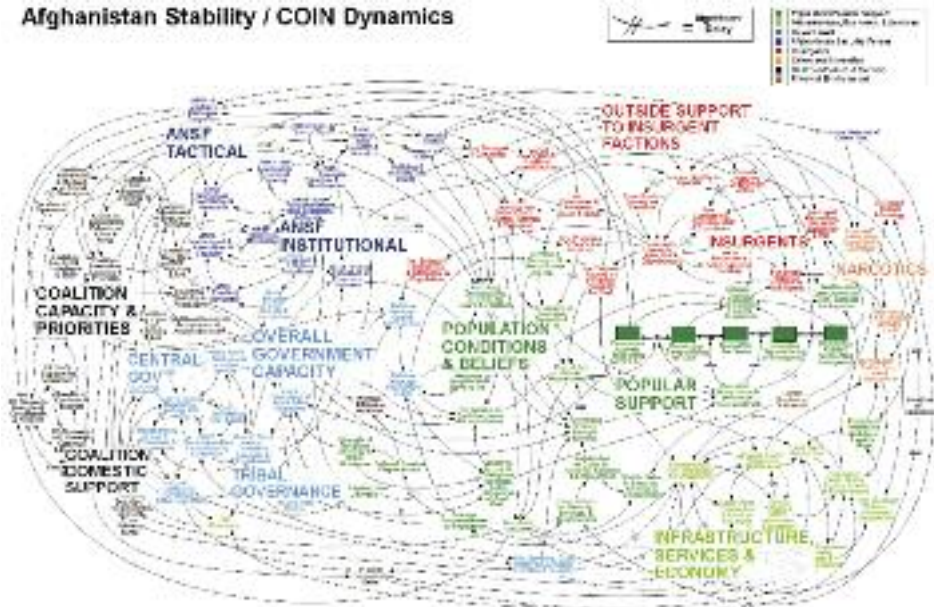
**Thomas Gebauer:** Es gibt durchaus lernfähige Menschen in den Ministerien und in den Entwicklungsbürokratien, die

Kritiken aufnehmen und Konzepte entwickeln, die interessant und durchdacht sind. Insgesamt aber bestehen die Politiken in Bezug auf Afghanistan und auch auf andere Länder aus einem Sammelsurium aus Akteuren und Konzepten, die sich häufig gegenseitig aufheben. Es gibt keine kohärenten Strategien. Dafür aber ausgefeilte Techniken, mit denen man Entwicklungen und Ergebnisse vorhersagen möchte. Das kann nicht funktionieren. Ich habe dafür immer ein schönes Beispiel. Nehmen wir den Fußball. Das ist eine relativ überschaubare Situation: Ein Spielfeld, 22 Spieler, ein Ball, klare Regeln – und dennoch ist es noch nie gelungen, ein Tor vorzusagen. So wenig Variablen und trotzdem weiß man es nicht im Voraus. Aber in der Entwicklungspolitik gibt es Leute, die glauben, sie könnten vom Schreibtisch für wesentlich komplexere Systeme als im Fußball eine Vorhersage machen. Ich glaube, dass wir Menschen solidarisch zur Seite stehen müssen. Wir geben ihnen nur eine Hilfestellung, weil sie selbst am besten wissen, wo sie etwas verändern wollen. Diese Form von Solidarität ist wichtig. Zu glauben, man könne Veränderungsprozesse am Reißbrett planen, halte ich für einen Irrglauben. Aber leider geht der Trend in der offiziellen Entwicklungspolitik genau in diese Richtung.

**Volker Kasch:** Es gibt Gründe, warum es keine Visionen mehr gibt. Wir haben den Kollaps der Entwicklungsmodelle Vietnam, Angola, Mosambik, die Hoffnung auf eine Art sozialistisches Ordnungsmodell oder Demokratiemodell erlebt. Deshalb sind die Menschen pragmatischer geworden. Man muss es akzeptieren, wenn Menschen in afrikanischen Ländern auf die Frage nach ihren Veränderungswünschen antworten: Ich will einen

Job, Gesundheit, wenn nötig antiretrovirale Medikamente. Das politische Bewusstsein äußert sich heute anders. Vor drei Wochen war ich in einem Slum in Nairobi, wo wir eine Gruppe unterstützen, die Trauma-Arbeit mit Menschen macht, die in die gewaltsamen Auseinandersetzungen 2008 involviert waren. Gleichzeitig beschäftigen sich die Kollegen mit der Verbesserung der Lebensbedingungen, setzen sich für Zugang zu fließendem Wasser usw., Elektrizität in den Slums ein. Für sie war selbstverständlich, auf ihre Rechte zu pochen. Früher hätten sie das von der Regierung gefordert, ohne es mit einer Vorstellung von Staatlichkeit und öffentlicher Verwaltung in Verbindung zu bringen, die Rechte garantieren und realisieren müssen. Es ist nötig, politische Debatten gerade um den Sicherheitsbegriff der Bundesregierung zu führen. Aber wir müssen als Hilfsorganisationen stärker darauf hören, worin die akuten Nöte der Menschen bestehen und adäquate Hilfsangebote entwickeln.

**Thomas Gebauer:** Ich halte das nicht für unnötige abstrakte Debatte. Es ist wichtig, dass wir uns den Sicherheitsbegriff nicht zu eigen machen. Ich teile Volker Kaschs Verweis auf die Notwendigkeit eines auf Rechten basierenden Entwicklungsverständnisses. Nur kann es in diesem Kontext nicht nur eine individuelle Debatte geben – nach dem Motto: Du bist zwar Träger von Rechten, aber es ist dein individuelles Problem, wie du sie dir aneignest. Es gibt Verhältnisse, Spaltungen in der Welt, die Menschen Rechte verweigern. Darüber muss genauso gesprochen werden, wie darüber, dass alle Rechte haben, das schließt Exklusion als Entwicklungsmodell aus.



**Mehr praktische Hilfe und weniger Grundsatzdebatten, ist das ein Ausweg, Herr Schetter?**

**Conrad Schetter:** Ich bin froh, dass es Veranstaltungen wie diese gibt, auf denen man den Begriff der Entwicklung noch diskutiert. Die Entwicklungsdiskussion in den 1960er und 1970er Jahren wurde abgebrochen. Nur in wenigen Nischen gehen diese Diskussionen, u. a. in Organisationen wie Misereor, weiter. In den 1990er Jahren ist eine Entwicklungsindustrie entstanden, der viel Geld zur Verfügung gestellt wurde. Viele Versprechungen wurden gemacht. Das beste Beispiel sind die Millennium Development Goals, die Millennium-Entwicklungsziele, die versuchen zu definieren, wie Entwicklung stattfinden soll: was bis wann erreicht werden soll. Sie sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich das Verständnis von Entwicklung verkehrt hat. Es geht nur noch darum, vorgegebene Ziele zu erreichen: Demokratie, liberale Marktwirtschaft, Wirtschaftswachstum.

Es gibt kaum Raum, der andere Diskurse ermöglicht. Gleichzeitig gibt es eine Strategie der Kooptierung. Das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ zählt dazu, weil es auch darauf zielt, z. B. Menschenrechtsgruppen in knallharte Staatskonzipierungen zu integrieren. Für mich ist der Begriff „failed states“ ein Unbegriff. Selbst der Begriff „fragile Staaten“, den ich manchmal selbst benutze, ist fragwürdig. Es wird vorgegaukelt, dass es einen optimalen Staat gibt – und alles andere ist defizitär und marode. Wir müssen jedoch erkennen, dass in Ländern wie Afghanistan oder Somalia, wo kein Staat ist, auf lokaler Ebene Strukturen vorhanden sind, die funktionieren und legitimiert sind. Ich halte es für entscheidend, dass hier eben diese lokalen Realitäten in einen Entwicklungsbegriff weitaus stärker eingebunden werden müssen. ■

Das Gespräch führte Katja Maurer

## Liebe Leserinnen und Leser,

wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen und Materialien zu aktuellen Kampagnen (u.a. Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten) präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf [www.medico.de](http://www.medico.de). Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

### medico im Überblick



#### NEU: Jahresbericht 2009

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



#### Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



#### Hilfe im Handgemenge

(Faltblatt) Solidarität heißt Partnerschaft: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Mali, Guatemala, Israel & Palästina, Bangladesch. Auch zum Weiterverteilen.

### Materialien zu medico-Kampagnen



#### Die Saat des Krieges

Landminen: Kampagne & Projekte

(8 S., Zeitung) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



#### Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakat, DIN A1)

Neue medico-Plakate im Praxistest: für Gesundheitszentren, beim Arzt ihres Vertrauens oder an anderen öffentlichen wie privaten Orten. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Gesundheit**.

ein Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Gesundheit**.



#### Star of Apartheid

(Unterschriftenliste) Die Daimler AG machte profitable Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheidregime und leistete Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Mit unserer Unterschriftenaktion werden wir den Konzern unter Druck setzen, sich der Vergangenheit zu stellen. Bitte bestellen und auslegen.



## Nummer 04 | 09:

Georg Schramm / Navid Kermani / Charlotte Wiedemann / Michael Obert / Interview mit Paco Ignacio Taibo II / Berichte und Reportagen aus Bangladesch, Guatemala, Nicaragua und Israel.

## Nummer 01 | 10:

Haiti: Weltmeister im Überleben, Südafrika im Vorfeld der WM, Berichte und Reportagen u.a. aus Mali, Sri Lanka und El Salvador

## medico-Position



### Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.



### WHY? – Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas (Plakat, DIN A1)

Das Plakat WHY? können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Migration**.

## medico-report



### medico-report 27 Patienten, Patente und Profite Globale Gesundheit und geistiges Eigentum

(152 S.) Internationale Experten hinterfragen das bestehende weltweite Patentsystem und präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik,

die Menschenleben rettet und Kranken den Zugang zu einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.

## Ich bestelle:

- Jahresbericht 2009
- Broschüre: stiftung medico international
- Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
- Zeitung: Die Saat des Krieges
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- Star of Apartheid: Unterschriftenliste
- medico rundschreiben 04 | 09
- medico rundschreiben 01 | 10
- Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- DIN A1-Plakat: WHY?
- medico-report 27 – 12 €

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Meine Spendernummer: \_\_\_\_\_

### Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

### oder faxen an:

(069) 43 60 02

## Spendeninformation

### Adressänderung

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

### Einmalige Spende

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

### Fördermitgliedschaft

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die re-

gelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

### Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

### Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

**Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.**

## impresum

Herausgeber:  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 43 60 02

E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Internet: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Spendenkonto: 1800  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrekturat: Marek Art

Gestaltung: Andrea Schuldt

Hinweis: Die Bilder auf den Seiten 26-30 stammen aus der aktuellen Ausstellung „Vodou. Kunst und Kult aus Haiti“ (18.05.-24.10.2010) im Ethnologischen Museum Dahlem (Berlin). Der gleichnamige Katalog zur Ausstellung enthält 126 Farbabbildungen (ISBN: 978-3-496-02835-2). Infos unter: [www.smb.museum](http://www.smb.museum)

Übersetzung des Textes „Draußen im Wald“ (S. 16) aus dem Französischen: Judith Kopp.



# medico-Jahresbericht 2009



Der neu erschienene medico-Jahresbericht 2009 informiert über unsere Arbeit im vergangenen Jahr und die Verwendung der uns anvertrauten Mittel.

Entlang unserer Arbeitsschwerpunkte stellen wir im ersten Teil des Berichts Projekte aus dem Jahr 2009 vor. Sie zeigen, wie medico sich gemeinsam mit seinen Partnern für politische und soziale Veränderungen engagiert und sich dabei konkrete Alternativen zur herrschenden Katastrophendynamik entwickeln.

Das Anliegen des zweiten Teils ist es, Transparenz über die Mittelverwendung und die Entwicklung der Finanzen herzustellen. Die Spenden haben sich von 2,6 auf 2,8 Millionen Euro erhöht, wobei uns besonders freut, dass medico im vergangenen Jahr viele neue Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden hat. Die öffentlichen Zuschüsse sind ebenfalls leicht gestiegen, was im wesentlichen an der Ausweitung von kofinanzierten Projekten in Palästina, Libanon und Südafrika liegt. Die medico-Organisationsstruktur und eine kurze Übersicht über die Entwicklung der stiftung medico international schließen den Bericht ab.

Bestellmöglichkeit siehe Materialliste auf Seite 40.

---

## Reisen zu medico-Projekten

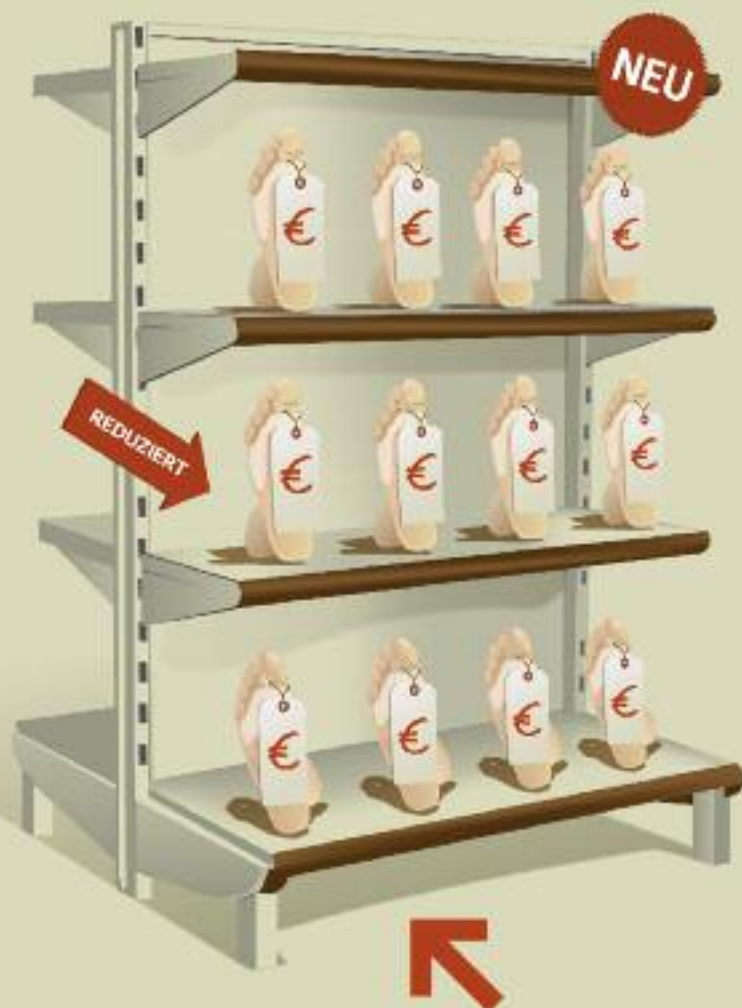
Eine Kooperation mit taz-Reisen in die Zivilgesellschaft

Seit letztem Jahr kooperiert medico mit taz-Reisen in die Zivilgesellschaft, bei denen medico-Partnerprojekte besucht werden. Einen Eindruck von der Reise nach Mali im Januar 2010 vermitteln zwei Fotogalerien mit Fotos von Christoph Pewesin und Christoph Flötto im Internet: [www.taz.de/tazreisen](http://www.taz.de/tazreisen). Die Reise findet im Januar 2011 erneut statt.

Freie Plätze gibt es noch für die Reisen nach **Nicaragua und El-Salvador** (9.-23. Oktober, ab 2.790 €) und nach **Syrien/Libanon** (18. – 30. Sept., ab 2.560 €), bei der in Beirut auch Projekte der medico-Partner „Al-Jana“ und „UMAM-Hangar“ besucht werden. Alle Infos [www.taz.de/tazreisen](http://www.taz.de/tazreisen).

Noch nicht im Internet stehen die Terminplanungen für 2011, aber da vor allem die **Palästina/Israel**-Reisen 2010 schon früh ausgebucht waren, wollen wir schon jetzt die Termine im nächsten Jahr mitteilen: 2. – 11. Sept. und 21. – 30. Oktober. Kurz vor Ostern 2011 wird es zusätzlich **eine neue Palästina/Israel-Reise** geben – **mit Schwerpunkt auf Architektur und Raumplanung**: vom 26. März– 6. April 2011. Die Ausschreibung wird im September auf der genannten Website stehen.

# WENN DER PREIS DER FREIHEIT IHRE GESUNDHEIT IST ...



... GEHÖREN SIE ZU DEN  
GLOBALISIERUNGSVERLIERERN.

Tagtäglich sterben mindestens 30.000 Menschen an Krankheiten, die gut behandelbar wären. Wie kann globale Gesundheit zum öffentlichen Gut werden? Alternativen zum Sachzwang des Katastrophenkapitalismus werden diskutiert auf der Konferenz: „global, gerecht, gesund“ vom 17.09. - 18.09.2010 in Berlin. Informieren Sie sich und diskutieren Sie mit uns auf: [www.global-gerecht-gesund.org](http://www.global-gerecht-gesund.org)

[www.medico.de](http://www.medico.de) | Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01.



medico international